Zeitschrift für Sozialismus

Jahrgang 2 Februar 1935 Nummer 17

Eine verlorene Schlacht

Von **Max Klinger.**

Die Freiheitsfront hat an der Saar eine Schlacht gegen das Hitlersystem geschlagen und hat sie verloren. Es war eine Schlacht auf ungünstigstem Terrain. Die Führung in diesem Kampfe hatte die Sozialdemokratie an der Saar. Sie war weder vor noch nach Hitlers Machtergreifung die beherrschende Partei des Landes. Das Land ist katholisch, die Zentrumspartei war die politische Hauptpartei. Der großindustrielle Druck ist sehr stark — und der Gegendruck der Arbeiter seit jeher schwach. Es ist das alte Königreich Stumm: Saarabien. Nach Hitlers Machtergreifung war der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Bevölkerung nicht groß. Der Zustand und die Stärke ihrer Organisation war nicht gut. Sie hat es in diesem Gebiet immer schwer gehabt. Ein Grenzland unter fremder Verwaltung, fremde Kapitalisten und Werksdirektionen, unklare staatliche Verhältnisse, eine unbestimmte Zukunft — das sind Bedingungen, die erfahrungsgemäß der sozialdemokratischen Sammlungsarbeit nicht günstig sind.

Dennoch mußte der Kampf aufgenommen werden mit dem Ziel, einen Teil deutschen Gebiets freizuhalten von der terroristischen Diktatur des Hitlersystems. Solange es in diesem Gebiete noch Reste demokratischer Freiheiten gab, mußten sie verteidigt werden. Es mußte der Versuch gemacht werden, die Liebe zur Freiheit, die Bejahung moralischer und humanitärer Werte in der Politik zu mobilisieren gegen den Druck der reinen Machtideologie, eine Gesamtopposition gegen das Hitlersystem zu sammeln. Eine Partei, die von Anfang an in Deutschland den Kampf gegen das Hitlersystem aufgenommen hat, mußte ihn erst recht an der Saar führen. Das war der eigentliche Inhalt des Kampfes an der Saar. Er war innerpolitisch motiviert. Das Objekt dieses Kampfes war die Entscheidung über die künftige staatliche Zugehörigkeit des Saargebietes. Aus den innerpolitischen Erwägungen heraus ergab sich die Parole: Nicht zu Hitler, das heißt: j e t z t nicht zu Deutschland. Dieses »j e t z t n i c h t« aber hat in fast zwei Jahren niemals eine klare anschauliche, greifbare und faßbare p o s i t i v e Ausdeutung erhalten. Auch die letzte Form, in der dies »jetzt nicht« erschien, die Form des Status quo, war alles andere als eine klare Ausdeutung, auch sie war nur negativ. Es sind daraus Vorwürfe abgeleitet worden gegen die Freiheitsfront, gegen den Völkerbund, es sind Versäumnisanklagen erhoben worden. Aber es lag von vornherein im Wesen dieses Kampfes, daß die Gegenparole gegen den

bedingungslosen sofortigen Anschluß rein negativ bleiben mußte. Die Gegenparole war niemals eine klare Antwort auf die Frage: Wollt ihr zu Deutschland?, sondern immer ein an der Frage vorbeigehender propagandistischer Sammlungsruf. Das war eine entscheidende Schwäche — aber sie mußte in Kauf genommen werden.

Dreizehn Jahre lang hat die Sozialdemokratie an der Saar die Forderung vertreten, daß das Saargebiet zu Deutschland gehöre. Sie hat jeden Versuch begrüßt und unterstützt, eine Rückkehr der Saar noch vor Ablauf der Vertragsdauer herbeizuführen. Diese klare Politik wurde plötzlich kompliziert durch den Anbruch des Hitlersystems. Die innerpolitische Problematik brachte die Frage nach der staatlichen Zugehörigkeit in Verbindung mit der Frage nach der inneren Verfassung des Mutterlandes. Wenn die Entscheidung über die staatliche Zugehörigkeit eines Gebietes als revolutionäre Entscheidung heranreift, ohne Vorschrift und Satzung aus dem inneren Drange einer Bevölkerung selbst, so existiert dieses Problem überhaupt nicht. Aber die zeitweilige Abtrennung des Saargebietes war eine künstliche, gewaltsam in Vertragsformen gepreßte Konstruktion, die Anberaumung eines Abstimmungstermins auf fünfzehn Jahre Sicht war noch künstlicher und die natürliche Folge ist zunächst gewesen, daß die Saarbevölkerung im Laufe dieser fünfzehn Jahre Objekt der Politik gewesen ist, statt revolutionäres Subjekt, und daß sie sich völlig darüber klar gewesen ist, daß sie gehandelt wird und nicht selbst handelt.

An diese Bevölkerung, der sie selbst die Rückkehr nach Deutschland gepredigt hatte, mußte sich nun die Sozialdemokratie mit einer überaus schweren Zumutung wenden. Sie mußte sie auffordern, die künstlich konstruierte, auf 15 Jahre vorher berechnete Abstimmung zum Anlaß eines revolutionären Aufschwungs, einer revolutionären Entscheidung zu machen. Einerseits dem im Reiche herrschenden System einen schweren Schlag versetzen, indem man ihm die Schädigung der nationalen Interessen nachweist, andererseits die geschichtlichen Interessen des Landes nicht selbst unheilvoll und unheilbar verletzen — das ist nur möglich in einer wahrhaft revolutionären Bewegung, die mit dem Feinde der Freiheit zugleich den Schädiger der nationalen Einheit niederwirft. Die gedanklichen Gegensätze können im Feuer einer Bewegung verbrennen, die von wahrhaft revolutionärem Geiste erfüllt ist — in einer politischen Abstimmungsbewegung, die im Rahmen einer formell vorgeschriebenen Antwort in Rechtsformen bleibt und diesen Rahmen nicht sprengen kann, müssen sie tödlich werden. Die Zustimmung großer Massen der Saarbevölkerung zu der Politik der Freiheitsfront hätte entweder ein unerhört hohes Maß politischer Denkfähigkeit und Manövrierfähigkeit bei ihnen erfordert — oder die Erweckung eines von leidenschaftlichem Freiheitswillen getragenen revolutionären Elans. Daß die erste Voraussetzung nicht gegeben war, war nach der politischen und sozialen Geschichte des Gebiets bekannt. Das zweite mußte versucht werden. Die Politik der Freiheitsfront war deshalb in ihrer Anlage revolutionäre Politik — ebenso wie die Politik der Sozialdemokratie in Deutschland.

Die Politik der Sozialdemokratie ist in zwei Jahren Hitlerdiktatur den Weg von der revolutionären Illusion zur nüchternen Beurteilung des politisch-geistigen Zustandes und des Stärkeverhältnisses der Klassen und gesellschaftlichen Gruppierungen gegangen. Auch sie führt Wahlkämpfe — und sie hat Anlaß, die Wahl vom 19. August 1934 nicht als Erfolg des Systems anzusehen. Aber sie hat Zeit und muß nichts auf Termin erzwingen. Ihre Tätigkeit ist eine fortlaufende Kette von Prüfungen des Zustandes der Gesellschaft und der Festigkeit der Massenbasis der Diktatur. Unsere Front an der Saar aber war an den Termin des 13. Januar gebunden. Sie war zu revolutionärer Ungeduld, zur Politik des alles oder nichts, zur Politik der einzigen Schlacht gezwungen. Sie hat diese Schlacht verloren, sie mußte sie verlieren.

Man hat Ueberlegungen darüber angestellt, ob die Schlacht nicht nach anfänglichem günstigen Stand erst in der letzten Woche vom 6. bis 13. Januar verloren worden sei. Man hat den Stimmungsabsturz in dieser Woche gesehen. Man hat Erklärungsgründe dafür gesucht — tagespolitischer Art, psychologischer Art, Fehler in der Presse, Fehler der Regierungskommission, des Völkerbunds, der französischen Politik. Man kann mit solchen kritischen Detailuntersuchungen gute Erklärungen für das Ausmaß der Niederlage im einzelnen finden. Aber das Gesamtergebnis im großen gesehen, erfordert eine andere Erklärung. Diese Schlacht wurde verloren aus den gleichen Gründen, aus denen eine siegreiche revolutionäre Schlacht heute in Deutschland nicht möglich ist. Der politisch-geistige Zustand der Gesellschaft im Saargebiet ist kein anderer als der im Reiche. Das Hitlersystem hat eine Massenbasis im Saargebiet so gut wie im Reiche. Die politische Entwicklung des Saargebiets ist im wesentlichen mit der des Reiches parallel gegangen. Nebenbei bemerkt, liegen die Dinge im Wesen in Danzig ganz ähnlich. Wir übersehen keineswegs den einen großen bemerkenswerten Unterschied: im Reich liegt auf der Opposition nicht nur der Druck der gegnerischen Massen, sondern auch der Druck des Staatsapparates und der terroristischen Gesetzgebung — im Saargebiet hatte die Opposition Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht. Aber wir sehen auch noch einen anderen Unterschied: die Bevölkerung des Reiches hat selbst Erfahrungen mit dem System gemacht, während die Bevölkerung des Saargebietes diese Erfahrungen nur durch die Propaganda unserer Front kannte, und nicht selbst die Prüfung der nationalsozialistischen Illusion an der nationalsozialistischen Wirklichkeit gemacht hat. Man kann deshalb nicht einfach den Schluß ziehen, daß der Kampf an der Saar leichter und erfolgversprechender gewesen sei als im Reiche. Wer seine Blicke nur auf die Tatsache richtet, daß im Saargebiet demokratische Freiheiten bestanden, der wird leicht geneigt sein, zu sagen: der Kampf wurde verloren, weil der Terror die demokratischen Freiheiten illusorisch gemacht hat. Terror ist immer nur eine Begleiterscheinung, nicht eine Ursache der Macht gewesen. Er hat immer zur Sicherung, Ausbreitung und Vertiefung von Macht gedient, aber niemals zur Eroberung der Macht. Als der offene Terror im Saargebiet einsetzte und zu wirken begann, war die eigentliche Machtentschei-

dung schon gefallen, war es entschieden, daß die revolutionäre Schlacht verloren war. Dieser Terror war Massenterror, wer ihn üben konnte, mußte die Massen haben. Tatsächlich hat die deutsche Front von vornherein die Massen gehabt und hat sie behalten, während unsere Front sie aus kleinsten Anfängen heraus zu erobern trachtete. Die Selbstauflösung der bürgerlichen Parteien im Saargebiet, die freiwillige Gleichschaltung vor allem des Zentrums, war der Beweis dafür, daß die Ideologie der Macht und des Totalismus auch Bürgertum und Mittelschichten an der Saar ergriffen hatte. Das gilt namentlich für die Katholiken. Es ist richtig, daß die Politik des Vatikans, der Bischöfe und des niedrigen Klerus geschwankt hat, daß sie nach der wechselnden Lage und Aussicht der Katholiken in Deutschland wechselnd orientiert worden ist — aber eine ganz andere Frage ist es, ob eine andere eindeutige Politik von Vatikan und Klerus zu einem wesentlich anderen Ergebnis geführt haben würde. Die Entwicklung der Stellung der Oberschichten im Reich war für deren Vertreter an der Saar auch kein Grund, ihre entschiedene Stellungnahme für das System gegen den revolutionären Angriff unserer Front aufzugeben. Auf der Seite der deutschen Front standen von vornherein die führenden und sozial einflußreichen und mächtigen Oberschichten und der Behördenapparat. Sie verfügten außer ihrem im Saargebiet traditionellen Einfluß auf die Massen über eine Waffe, um sie sich völlig gefügig zu machen, über die Mobilisation des Nationalgefühls.

In dieser Hinsicht ist im Saargebiet in dreizehn Jahren von allen Parteien kräftig Vorarbeit geleistet worden. Die besondere Eigenart des deutschen Nationalgefühls aber machte es zu einer besonders wirksamen Waffe. Mindestens seit 1870 sind Inhalt und Erscheinungsform des deutschen Nationalgefühls nicht aus dem Volke hervorgewachsen, sondern von oben her, von Regierung und Oberklassen bestimmt worden. Weil es nicht revolutionären Ursprungs ist, haftet ihm von jeher ein konservativer, ja reaktionärer Zustand an. Die deutschen Oberklassen haben sich von jeher als Monopolisten des Nationalgefühls betrachtet und haben dieses Monopol immer vorsorglich verbunden mit der Aechtung der politischen und sozialen Opposition als antinational. Es hat sich immer als ein höchst wirksames Mittel zur Behauptung ihrer Herrschaft erwiesen, wenn sie zum politisch sozialen Druck von oben her kräftig die nationale Trompete geblasen haben. Die deutsche Sozialdemokratie hat damit einige Erfahrungen gemacht. Kampf und Wiederaufstieg der deutschen Oberschichten nach der Revolution, der Vormarsch des Nationalsozialismus und die Behauptung des Hitlersystems beruhen sehr wesentlich auf der Ausnutzung dieses ganz besonderen Nationalgefühls. Diese Mischung aus sozialer Macht und Nationalismus hat die Grundlage für die Macht der Deutschen Front geliefert, zugleich die Massengrundlage für den Terror. Mit der Mobilmachung des Nationalgefühls ist in der ganzen Welt immer geistiger Terror verbunden. Mit ganz besonderer Stärke gilt das für Deutschland. Das war schon so zu Bismarcks Zeiten — es war erst recht so in der Weimarer Republik. Der Kampf der sogenannten »Nationalen Opposition« war von vorn-

herein auf diesen geistigen Terror eingestellt, er ging sehr bald zum physischen Terror über, dem Erzberger und Rathenau zum Opfer gefallen sind, und er mündete in dem Massenterror des Hitlersystems. Dem Versuch unserer Front an der Saar, unter der Saarbevölkerung revolutionären Elan im Namen der Freiheit zu wecken, hat die Deutsche Front diesen geistigen Terror des deutschen Nationalismus entgegengesetzt, sie hat aus dem geistigen Terror ihre Massenbeherrschung, aus der Massenbeherrschung den Massenterror, aus dem Massenterror den alles niederwälzenden Abstimmungssieg entwickelt. Als dieser Massenterror sichtbar einsetzte, zeigten sein Umfang und seine Wirksamkeit bereits die eigentliche Entscheidung. Hinter diesem Massenterror aber standen nicht nur die führenden Oberschichten an der Saar, sondern die ganze Macht und der ganze Einfluß des Reiches. Unsere Front kämpfte mit den Kräften, die sie aus einem Gebiet von noch nicht einer Million Einwohnern mobilisierte, gegen den ganzen Machteinsatz des Systems eines der mächtigsten Großstaaten Europas. Es war eine revolutionäre Teilschlacht, die Schlacht einer kleinen Sektion gegen die gesammelte Macht des Gegners. Von dem Augenblick an, wo es klar wurde, daß der revolutionäre Funken nicht unmittelbar zündete, war der Kampf verloren. Von da ab war es eine nur noch aus der Leidenschaft des Kampfes selbst zu rechtfertigende Illusion, daß man von der Saar aus das Hitlersystem erschüttern könne.

In der letzten Woche hat sich nichts anderes ereignet, als daß diese Verhältnisse klar geworden und der Bevölkerung ins Bewußtsein gedrungen sind. Unsere Freunde sahen, wie sie es schildern, die große Dampfwalze, die angerollt kommt und jeden niederwalzt. Aus diesen Verhältnissen heraus sind gegen den Völkerbund Vorwürfe erhoben worden, daß er nicht der Front des Status quo Rückendeckung gegeben, sie vielmehr isoliert der Macht des Reiches gegenüber gelassen habe. Solche Kritik verkennt alle Verhältnisse. Sie muß im Völkerbund geradezu eine Art demokratisch-revolutionärer Einheitsfront gegen das Hitlersystem sehen, und dazu gehört nach der ganzen Geschichte und Politik des Völkerbunds eine alles Maß übersteigende Illusionsfähigkeit. Diese Kritik ist der letzte Ausläufer einer Anschauung, die Hilfe für den freiheitliebenden Teil des deutschen Volkes von außen her erwartet. Sie muß ferner den besonderen revolutionären Charakter unseres Kampfes an der Saar übersehen und seiner freiheitlichen Motivation einen ganz anderen außenpolitischen Sinn unterschieben. Diese freiheitliche Motivation, der daraus entspringende revolutionäre Funke hat den bis ans Ende kämpfenden Kern unserer Front bis zuletzt beseelt. Sie haben niemals vergessen, daß sie ein revolutionäres Gefecht für das ganze deutsche Volk führen wollten. Sie haben auf diesem denkbar ungünstigen Terrain mit so glänzendem Elan gekämpft, daß sie nahezu bis ans Ende über ihre wahre Kraft hinaus gewirkt haben — durch ihren Einsatz bis zum letzten, ihren Schwung und durch den Wert ihrer Sache. Denn man mag es nehmen wie man will: die Parole war schlecht, das »Jetzt nicht« war ein Bruch mit der Tradition und eine Halbheit, man kämpfte gegen ein Nationalgefühl, dessen naive unreflektierte Berechtigung unbestreitbar

war, aber man kämpfte aus edler Erbitterung gegen die Schmach des Hitlersystems in Deutschland, man kämpfte für die Freiheit, für die moralischen und humanitären Werte, die im Reich mit Füßen getreten werden! Das hat dem Kampfe unserer Front selbst dort Sympathien gewonnen, wo man aus politischer Opportunität nicht wollte, daß sie Erfolg habe und wo man nun -- wieder aus politischer Opportunität — bedauert, daß die andere Seite so viel Erfolg gehabt hat.

Aber dieser glänzende Kampf hat nicht einmal in der Arbeiterschaft des Saargebiets eine Explosion des Willens zur Freiheit hervorgerufen. Das ist eine ernste Warnung vor jeder Form der Revolutionsromantik, vor illusionären Erwartungen und revolutionären Wunderhoffnungen. So sicher sich in Deutschland stille Wandlungen in der Tiefe der Gesellschaft gegen das System vollziehen, so sicher hat der Ausgang des Versuchs im Saargebiet gezeigt, daß die gegenwärtige Apathie der großen Masse gegenüber dem Verlust der Freiheit nicht durch kurzfristigen propagandistischen Vorstoß überwunden werden kann. Der Verlust der Freiheit, seine drückenden Folgen, das Elend, die Unwürdigkeit, die Erbärmlichkeit des Lebens in der Knechtschaft muß e r l e b t sein, sie muß aus unmittelbarem Erlebnis wie Feuer brennen, wenn der revolutionäre Wille zur Wiedereroberung der Freiheit sich entzünden soll. Erst aus dem ununterbrochenen täglichen Kampf um das eigene persönliche Lebensrecht erwächst allmählich der revolutionäre Massengeist — nicht aus theoretischer Spekulation. Es ist mit dem Bewußtsein der Freiheit und dem Willen zur Freiheit ein eigenes Ding, es ist dasselbe wie mit der Wertung des Friedens vor dem Kriege und im Kriege:

Jeder hat's gehabt.
Keiner hat's geschätzt.
O, wie klingt der Name Freiheit jetzt!

Die Bevölkerung des Saargebiets wird nun mit der Bevölkerung des Reichs den gleichen bitteren Weg der eigenen Erfahrung gehen. Auch sie wird teilhaben an der allgemeinen langsamen Wandlung der Stimmung. Aus dem Elan des Kampfes unserer Front an der Saar wird die stille, aber unendlich zähe unterirdische Arbeit werden, die wir im Reiche führen, zunächst der Kampf um Selbstbehauptung, dann der Kampf um Gewinnung der Massensympathie. Der Kampf an der Saar war noch mit manchen täuschenden Hoffnungen umgeben. Mancher hat in den Anfängen der Hitlerdiktatur, mancher noch bis in die letzten Phasen des Saarkampfes hinein gedacht wie Lassalle, der im Sommer 1855 in der Zeit der schwärzesten Reaktion an Marx schrieb:

»Deutschland gleicht jetzt einer durch die Tropensonne ausgedörrten Wüste, wo ein Funken hinreicht, um Quadratmeilen in Brand zu setzen! Aber dieser Funke ist bei allem nötig und aus unserem eigenen Innern wird er nicht herausspringen. Ein Krieg dagegen vermag ihn zu entfesseln.«

Die Hoffnung auf den historischen Zufall ist immer eine schlechte Politik gewesen! Lassalle, von revolutionärer Ungeduld getrieben, wie selten einer, hat in der Wüste der Reaktionszeit Ausschau gehalten nach dem rettenden Ereignis — aber er hat nach fünfzehnjährigem Schlummer die deutsche Arbeiterbewegung wieder ins Leben gerufen, er hat durch

seine Agitation den Funken in unserem eigenen Innern wieder entzündet, der trotz aller Reaktion, trotz Bismarck, zum Brande geworden ist.

Aber der Saarkampf — so wird man sagen — hat doch bewiesen, daß der Funke aus unserem eigenen Innern, daß der Funke der Freiheit nicht zündet! Darauf sagen wir: Jawohl, dieser Versuch ist fehlgeschlagen. Aber unser Kampf hängt nicht an einem Versuch, er wird nicht geführt auf Termin, und die deutsche Arbeiterbewegung muß nicht erst wie damals wieder geschaffen werden — sie lebt!

Probleme sozialistischer Wehrhaftigkeit

Von **Werner Worker.**

Durch die Niederlage des deutschen, des österreichischen und des spanischen Proletariats drängen sich dem Sozialismus eine Fülle neuer Probleme auf. Naturgemäß steht dabei mit im Vordergrund die Frage der sozialistischen Wehrhaftigkeit. Sie wird jedoch viel zu sehr politisch-militärisch erörtert, was wir — in erster Linie von den österreichischen Ereignissen ausgehend — näher überprüfen wollen.

Warum mußte der Schutzbund unterliegen?

Bei der Beantwortung dieser Frage sieht man den Schutzbund merkwürdigerweise gewöhnlich ebenso von der Klasse isoliert, wie er in den Februartagen gekämpft hat. Man verhält sich zu ihm also wie zu einer militärischen Formation schlechthin und betrachtet seine Niederlage prinzipiell nicht anders als ein oberflächlicher Kriegsbetrachter eine geschlagene Armee.

Es wird behauptet, daß der »Generalstab gefehlt hat«, daß »Mangel an Offensivgeist bestand«, daß »einzelne Gruppen versagten« und »der Kampf schlecht vorbereitet gewesen« war, daß »der Kampf uneinheitlich geführt wurde« (und also »die Führer« — Schuld haben), daß die »Verbindungen untereinander nicht gut waren« und überhaupt die »richtige revolutionäre Partei gefehlt« hat. Bestenfalls entrüstet man sich noch darüber, daß so »schändliche Gewerkschaften« neben einem solchen heroischen Schutzbund bestanden, ohne zu verraten, daß in Wirklichkeit nur die Gewerkschaftsführung gemeint ist, und vor allem ohne zu begreifen, daß die schändlichen Gewerkschaften einerseits und der heroische Schutzbund andererseits eine organische Einheit darstellen, das eine das andere bedingt und beides wie zwei Seiten einer Münze untrennbar miteinander verbunden ist.

Wenngleich das Letztere in den Kern des Problemes hineinführt, so sind das doch ebensowenig Erklärungen wie die anderen Behauptungen, weil sie gar nichts erklären, sondern selbst erklärt werden müssen. Solcherlei Uebel sind doch — wie alle gesellschaftlichen Erscheinungen — nicht aus sich selbst heraus, sondern nur aus den Dingen und Umständen zu begreifen, wenn der Marxismus nicht wirklich schon tot ist!

Darum müssen wir weiter fragen: warum hat der Generalstab ge-

fehlt, warum wurde defensiv gekämpft, warum war die Aktion uneinheitlich, warum war keine revolutionäre Partei vorhanden? Und wir werden dann bald darauf kommen, daß der Generalstab fehlte, weil er verhaftet wurde, er außerdem aber gar nicht so ins Gewicht gefallen wäre, wie man allgemein annimmt, denn daran, daß die kämpfenden Truppen voneinander abgeriegelt, Radio und Telephon in den Händen der Exekutive und die Kämpfer durch die überlegene Wirkung der Angriffswaffen von Anfang an in die Defensive gedrängt waren, hätte ein noch so genialer Generalstab ebensowenig ändern können wie eine im luftleeren Raum konstruierte Idealpartei. Fallen denn solche Organisationen vom Himmel, sind sie nicht vielmehr selbst ein Entwicklungsprodukt?

So wird alles aus dem Ueberbau heraus begriffen — und darum nicht begriffen, weil alle diese Mängel in letzter Instanz, d. h. alle Zufälligkeiten berücksichtigt und den ideologischen Ueberbau als eine positiv wie negativ wirkende Realität vorausgesetzt, aus dem materiellen Unterbau, aus den sozialen und ökonomischen Tatbeständen begriffen werden müssen. Der Angriff auf die idealistische Einschätzung der Ideologie könnte mir den Vorwurf eintragen, ich leugne die Rolle der Ideologie überhaupt. Darum sei mit Engels betont, daß »die Ideologie selbstverständlich historisch wirksam« ist, »aber natürlich nur innerhalb ihrer allgemeinen Abhängigkeit von ökonomischen Bedingungen«. Die Niederlage der Arbeiterklasse ist gar nicht zu verstehen, wenn man nicht die ungeheuer negative Wirkung von Ideologien als schon teilweise erstarrter Geschichte (Reformismus, Bolschewismus usw.) begreift. Aber die Analyse all dieser Ideologien führt uns doch immer wieder zum materiellen Unterbau zurück, »denn die ökonomischen Faktoren sind doch die schließlich entscheidenden«. Das ist der Sinn der »letzten Instanz« bei Engels.

Es kann leider nicht behauptet werden, daß die Niederlagen des Sozialismus in diesem Sinne begriffen werden. Wenn man etwa den Sieg des italienischen Faschismus aus »taktischen Fehlern« erklärt, aus Fehlern einiger hunderttausend Metallarbeiter, ohne diese Fehler aus dem damaligen Bewußtsein und das damalige Bewußtsein — wenigstens in ganz groben Zügen — aus dem gesellschaftlichen Sein zu begreifen, so geht man idealistisch statt marxistisch an den geschichtlichen Prozeß heran, in den man sich dann nur als hemmende Kraft einschalten kann.

Vielleicht ist mancher von der Niederlage so überrascht gewesen, weil er ihre Keime in der alten Arbeiterbewegung unbeachtet ließ, und wahrscheinlich sind wir alle menschlich zu intensiv an den Geschehnissen beteiligt gewesen, um schon jetzt zu einer vorurteilslosen Analyse befähigt zu sein. Aber wir müssen uns diese Fähigkeit allmählich wieder erwerben. Immerhin hat dies zuweilen selbst bei Marx und Engels eine Zeit gedauert. Auch sie haben die revolutionären Ereignisse nach Jahren gewöhnlich anders gesehen, als in den stürmischen Tagen und unmittelbar danach. Im Jahre 1895, nicht lange vor seinem Tode, schrieb Engels, nachdem er auf die enorme Entwicklung des Proletariats von 1848 bis 1895 hinwies:

»Wenn sogar diese mächtige Armee des Proletariats noch immer nicht das Ziel erreicht hat, wenn sie, weit entfernt, den Sieg mit einem großen

Schlag zu erringen, in hartem zähem Kampf von Position zu Position langsam vordringen muß, so beweist dies ein für alle mal, wie unmöglich es 1848 war, die soziale Umgestaltung durch einfache Ueberrumpelung zu erobern.«

Selbst in Bezug auf die Pariser Kommune sagte er: »Und wieder zeigte sich, wie unmöglich auch damals noch diese Herrschaft der Arbeiter war«.

Nicht wegen des Fanatismus der Gerechtigkeit, sondern um unseres wirksamen Einsatzes willen müssen wir nach Klarheit über die Ursachen der Niederlage drängen. Die, die ihren Kopf gerettet haben, dürfen ihn auf keinen Fall noch nachträglich durch die tragische Situation der Emigration verlieren. Wie werden doch die großen und ungeheuren Klassenprobleme unserer Gegenwart bagatellisiert, wenn man sich nicht über seichte Apparatpolitik — die zugleich das bornierte Apparatdenken der Kritiker verrät und sie als das ideologische Abbild der alten Arbeiterbewegung kennzeichnet — zu erheben vermag. Hier haben wir einen typischen Ausfluß dieser verheerenden Ideologie: »Eine Waffe ist keine Waffe gegen die Bourgeoisie, so lange eine sozialdemokratische Partei über sie verfügt«, sagt Bela Kun in Bezug auf das Schutzbundproblem. Als ob das zentrale Problem sozialistischer Aktion nur ein Problem von Kommandeuren wäre! Ein solcher Führerkomplex gehört schon fast ins Gebiet der Psychoanalyse! Viele andere leben in ähnlichen Auffassungen, wenn sie auch weniger deutlich sind als Bela Kun. Diese Strömungen wird man nicht durch Marx- und Engelszungen überreden können, die Bewegung von morgen wird sie überwinden müssen.

Organisations- oder Führerproblem?

Wenn Bela Kun und die anderen Ideologen im Recht wären, brauchte man Julius Deutsch nur durch Bela Kun und den »Defensivgeist« durch »Offensivgeist« zu »ersetzen« und das größte Problem der Klasse wäre gelöst! Ginge es nach diesen Ideologen, wären nicht nur die Schutzbündler vergebens gestorben, auch Marx und Engels hätten vergeblich gelebt.

Speziell Engels hat schon vor Jahrzehnten darauf hingewiesen, daß der Bürgerkrieg immer viel weniger ein Problem der Führung war als der Krieg, weil hier die geschlossene Formation nie in dem Sinne existiert hat wie im Kriege der Vergangenheit, der Kämpfer ganz auf eigene Füße gestellt ist, Eigeninitiative und individuelle Entschlußfähigkeit Voraussetzungen des Sieges sind. Der Generalstab spielt im Bürgerkrieg auch aus diesem Grunde nicht dieselbe Rolle wie im Krieg, wie die starke Betonung der Führung und Autorität im Heere überhaupt viel mehr politische als militärische Gründe hat. Mit dem technisch bedingten Auflösen der geschlossenen Formation und dem Uebergang zum Eliteheer, in dem der Soldat eine selbständige und denkende Persönlichkeit sein muß, ist die Bedeutung des Generalstabs auch für den Krieg gesunken. Der bedeutende englische General und Militärtheoretiker Fuller fordert darum eine solche Reform des Generalstabs, die fast sein Ende bedeutet. In einer Studie, »Generäle von morgen«, kommt er sogar zu der folgenden Behauptung:

»Es heißt, Generäle, die in ihren bombensicheren Unterständen saßen, hätten die Schlachten geleitet. Meiner eigenen Meinung nach hatten sie —

von Ausnahmen abgesehen — meist nicht mehr Einfluß auf den Kampf, als wenn sie tot in ihren Gräbern gelegen hätten.«

Das erschöpft das gesondert zu behandelnde Problem der Führung ganz gewiß nicht, aber es weist die Strategen mit dem Generalstabskomplex etwas in die Schranken. Daß sie militärisch denken, ist an sich schon ein Uebel, daß sie es unzeitgemäß tun, ein viel größeres.

Was den »Mangel an Offensivgeist« anbelangt, so muß genau zwischen politischem und militärischem Offensivgeist unterschieden werden. Der Reformismus war in den letzten Jahren defensiv (aber nicht nur er!). Das Proletariat, als Klasse genommen, nicht bereit, einen anderen als reformistischen Weg zu beschreiten, suchte sich vorerst erfolgreich in der Republik einzurichten. Es ist ja eine Idealisierung der Klasse, wenn man sie dauernd in revolutionärer Bereitschaft sieht. Objektive und subjektive Gründe vielfacher Art ließen den Massen den Weg der Revolution mit all seinen Konsequenzen noch nicht als den einzigen Ausweg erscheinen. Als die demokratischen Errungenschaften nur noch revolutionär zu verteidigen waren, war die Klasse weder offensiv noch defensiv, sondern passiv. Offensives und defensives Kämpfen waren in diesem Augenblick nicht mehr voneinander zu trennen, weil beide die gleiche revolutionäre Bereitschaft erfordert hätte, die im Klassenmaßstabe eben nicht vorhanden war. Alle Manöver der KP und der bolschewistischen Splittergruppen (SAP, KPO, Leninbund, Trotzkisten usw.) die Massen unter der Vortäuschung, nur »die demokratischen Errungenschaften verteidigen zu wollen«, hintenherum in den Kampf zu führen und die Klasse so zu überlisten und in die Freiheit hineinzulügen, mußten fehlschlagen, denn die Massen fühlten auch, was die schlauen Manöverpolitiker nur unter sich aussprachen, daß die aktive Defensive notwendigerweise in die Offensive umschlagen muß. Der Arbeiterklasse fehlte es nicht nur an Offensivgeist, sondern selbst an Defensivgeist, bei den kämpfenden Schutzbündlern war beides vorhanden, eben weil es bei Ausbruch des Kampfes identisch war. Ihre Defensive liegt im Wesen des Barrikadenkampfes, aber nicht in ihrer Ideologie begründet. Die Schutzbündler konnten sich ihren Kampfboden nicht aussuchen. Sie konnten sich nicht sammeln wie eine Armee, sondern wurden in so viel Gruppen zersprengt, wie es Waffenlager gab, die nicht in erster Linie nach strategischen, sondern nach Sicherheitsgesichtspunkten angelegt werden konnten. Wenn die Exekutive unvorhergesehen die Schutzbündler bei der Waffenverteilung überrascht, ist der Schutzbund natürlich sofort in die Defensive gedrängt! Alle bestehenden Pläne werden in solchen Situationen immer wieder umgeworfen, sie sind auf allen Gebieten von fraglichem Wert, weil der lebendige Prozeß viel zu mannigfaltig und darum unberechenbar ist.

In seinem inzwischen viel zitierten Vorwort zu den »Klassenkämpfen in Frankreich« hat Engels ganz klar aufgezeigt, daß die Arbeiterklasse im Barrikadenkampf unmittelbar nicht siegen kann, schon immer habe die Barrikade mehr moralischen als militärischen Wert besessen. Je moderner die Städte, je breiter die Straßen werden, um so aussichtsloser ist der Kampf. »Der Revolutionär müßte verrückt sein, der sich die neuen

Arbeiterdistrikte im Norden und Osten von Berlin zu einem Barrikadenkampf selbst aussuchte.« Es wäre eine Unterschätzung des Schutzbundes, zu glauben, er hätte dies getan und sich freiwillig in die Wohnbauten und Parteihäuser zurückgezogen und aus falscher Ideologie die Defensive gewählt. »Sie suchten nicht die Eroberung der Macht«, sagt die »Neue Front« sehr oberflächlich. Ach, sie suchten Schutz vor der überlegenen Wirkung der Angriffswaffen der Gegner! Sie konnten gar nicht daran denken, zum Angriff überzugehen! Man lese das bei Engels nach. Der hat das vor 40 Jahren schon besser gewußt als viele der heutigen Klassenkampfstrategen. Weil Engels schon damals klar erkannte, daß der Barrikadenkampf und der rein militärische Angriff eine Avantgarde immer nur defensiver und rein politischer, nicht sozialrevolutionärer Natur sein kann, betonte er die Notwendigkeit, den Angriff von einem anderen Boden aus zu führen. Der Kampf um die Miliz, den der Sozialismus Jahrzehnte hindurch führte, erschien als eines der vielen Mittel, die Macht zu erobern. Es hat sich aber gezeigt, daß auch die Gegner der Arbeiterschaft wußten, daß sie dadurch ihrer Macht verlustig gehen könnten. Darum hat sich die Miliz nur dort mehr oder weniger ausgeprägt entwickelt, wo die Gesellschaft relativ einheitlich, der Klassenkampf nicht so zugespitzt war. Mit der Verschärfung der Gegensätze wurde auch die Miliz problematisch und abgebaut. »Ja, ich hatte einen anderen Traum, eine andere Hoffnung zu einer Zeit, da ich in Berührung mit einer gesunden Demokratie lebte, wo jeder Bürger sein Gewehr, aber jeder Bürger auch Achtung vor dem Gesetz hatte«, sagte der französische Kriegsminister General Picquart einmal. Wo und sobald die Miliz für das Proletariat eine Waffe wurde, hörte sie zu bestehen auf. Aehnliches wiederholte sich in unserer Gegenwart mit den stehenden Wehrformationen, die sich die Arbeiterschaft schuf. Dieselben Kräfte, die einst zur Sicherung des republikanischen Staates geschaffen wurden, wurden von demselben Staat, den sie schützen wollten, zunächst eingeengt, dann zeitweise verboten und schließlich vollständig vernichtet. Schließlich waren die militanten Kräfte in den entscheidenden Tagen dort, wo sie kämpften, allein. In Deutschland konnten sie sich mit der Arbeiterklasse nur dadurch im Einklang befinden, daß sie aufhörten, besondere militante Formationen zu sein.

Jenseits aller rein militärischen Argumentation ist hier die Frage zu prüfen, ob die Wehrverbände nicht prinzipiell eine Gefahr für die Entwicklung sozialistischer Klassenaktivität sind.

Die Wehrverbände als Klassenproblem.

Alle bolschewistische Politik läuft darauf hinaus, nichtbolschewistische Führungen durch bolschewistische zu ersetzen, gleichgültig, ob es sich um die Gewerkschaften, die Wehrverbände, die Kegelklubs oder die Briefmarkenvereine handelt. Sie begreifen nicht, daß Führerwechsel sowohl die Form als auch den Inhalt der betreffenden Organisationen im wesentlichen unverändert läßt. Sie sehen nicht, daß das Problem der Niederlage in erster Linie ein »Problem der Organisationsformen« ist, d. h. ein Problem des sozialistischen Be-

wußtseins, denn die jeweiligen Organisationen der Klasse sind ja nichts weiter als Form gewordenes Bewußtsein, das einerseits wiederum in den materiellen Tatbeständen wurzelt. In diesem Sinne müssen heute alle Zweige der sozialistischen Bewegung analysiert werden. Hier sei in ganz groben Zügen das Problem der Wehrorganisation erörtert.

Beginnen dürfen wir ja nicht bei den vielen »verpaßten Gelegenheiten«, wie das auch Pertinax in »Oesterreich 1934« tut, sondern wir müssen mindestens bis 1918 zurückgehen. Infolge einer langen Ursachenkette (der Raum verbietet, Einzelheiten aufzuzählen) behauptete sich die Arbeiterschaft nicht, sondern nahm nur halbe Maßnahmen vor. Insbesondere tastete sie nicht die Grundlagen der kapitalistischen Produktion an. Bedeutender waren die Veränderungen in der politischen, teilweise auch in der militärischen Sphäre. Aber es blieben Veränderungen im Ueberbau. Auf die Dauer war es nicht möglich, diesen Zustand aufrechtzuerhalten. Nachdem sich die Bourgeoisie ökonomisch völlig behaupten konnte, ging sie daran, den Ueberbau in ihrer Weise an den Unterbau anzugleichen. Sie wurde offensiver und drängte den Sozialismus schrittweise in die Defensive. Und in diese Zeit fällt die Entstehung des republikanischen Schutzbundes, in Deutschland die des Reichsbanners und anderer Formationen.

Es muß festgestellt werden, daß der Sozialismus in jener Zeit, wo er breiteste und lebendigste Massenbewegung war und die Massen unmittelbar selbst in Aktion traten, keine Wehrformationen besaß. Soweit solche nötig waren, entwickelten sie sich aus den Bedingungen heraus, wie es nun wieder in Spanien auf der breitesten Grundlage der Fall war. Aber diese Formationen waren Klassenmaßnahmen im wahrsten Sinne des Wortes.

Mit dem Abebben der revolutionären Kräfte verlegte sich die Aktion mehr und mehr ins Parlament, selbst die Sozialisierung sollte von dort aus durchgeführt werden, ganz nach bolschewistischem Muster, der sie auch nicht als Prozeß der Klasse begreift. Mehr und mehr handelte ein Gremium und im selben Maße wurde die Eigenverantwortung und die Eigeninitiative der Masse gedrosselt. Die Sozialdemokratie wurde (nach »Pertinax, Oesterreich 1934«) »für die breiten Massen nichts anderes als ein Advokat, der sich solange des Zuspruchs seiner Klienten erfreute, solange der Advokat erfolgreich Prozesse führte«.

Was die Partei auf politischem, das war der Schutzbund auf militärischem Gebiet. Warum sollten nicht viele von ihm und der Partei das Kämpfen gefordert haben, wo sie es doch für selbstverständlich hielten, daß Partei und Schutzbund das — wie immer — schon besorgen werden? Der Boden, auf dem die aktive Schutzbundtruppe wuchs, ist die Passivität! Seine Bedeutung stieg genau in dem Maße, wie das reformistische Operationsfeld eingeengt wurde. Nicht zufällig wurde der Schutzbund nach den Juliereignissen 1927 beträchtlich militarisiert. Wieder näherte man sich ein Stück dem isolierten Februarkampf, denn das demokratische Vereinsleben wird vom militärischen losgelöst. Der Umschlag in der Polizei, die vor den Juliereignissen noch überwiegend freigewerkschaftlich organisiert,

im Juli auf die Massen schießt und danach nicht mehr freigewerkschaftlich orientiert war, sowie die Enttäuschung über das Bundesheer, das als Volksheer gegründet, später unter Berufung auf die Friedensverträge in ein Söldnerheer verwandelt und dabei zugleich von Sozialdemokraten gereinigt wurde, ließen die Hoffnungen auf den Schutzbund ins Ungeahnte wachsen. Die Enttäuschungen haben natürlich die Position des Reformismus geschwächt, die Aktivität erhielt einen neuen Stoß. So wuchs die Bedeutung der Propaganda und der Stoßtrupps, die den Schutzbund immer stärker zum Subjekt und die Massen immer mehr zum Objekt der Aktion machten. Dasselbe vollzog sich auch in Deutschland. Die Bildung besonderer Aktivgruppen ist ja das beste Eingeständnis gewesen, daß die Parteimassen als solche nicht aktiv waren. Schließlich hat sich die Partei ja auch unter ganz anderen Voraussetzungen entwickelt.

Immer mehr verselbständigen sich die Wehrformationen. Durch die Uniform schon äußerlich von der Masse getrennt, die Aufmerksamkeit stark auf das Militärische lenkend, durch Aufmärsche, Drohungen, Kampferklärungen usw. als d i e Macht und eigentliche Klassenkraft erscheinend, gelangten die Massen mehr und mehr zu einer falschen Auffassung über die Wehrhaftigkeit. Sie mußten glauben, die Wehrhaftigkeit ist eine rein militärische Angelegenheit, und zwar der Wehrformationen und nicht der gesamten Klasse! Sie glaubten es so sehr, daß es bald auch viele Schutzbündler glaubten. Dadurch, daß der militante Teil das ausführende Organ der widersprechendsten Parolen und Aktionen wurde und in reiner Organisationsarbeit unterging, war eine kontinuierliche Entwicklung des Klassenbewußtseins hier ungeheuer erschwert. Zeitmangel und vielleicht auch Interesse- und Verständnislosigkeit ließ den größten Teil der militanten Genossen zu keiner gründlicheren Orientierung kommen. Es muß die Tatsache vermerkt werden, daß — abgesehen von einem mehr oder weniger großen bewußten Kern — die Wehrverbände, insbesondere die kommunistischen und nationalsozialistischen, auf einen Menschentypus Anziehung ausübten, bei dem sich kühner Tatendrang nicht immer mit kritischer Einsicht paarte. Und wie die Theorie ohne Aktion fruchtlos, so ist die Aktion ohne Theorie richtungslos und gefahrvoll. Handeln und Erkennen waren in den Wehrverbänden am allerwenigsten jene Einheit, die notwendig ist. Oft erst durch die Krise ins politische Leben geschleudert, vielfach völlig im Unklaren über die Bedingungen des Kampfes, weder der marxistischen Schulung zugänglich, noch durch eigene Erfahrungen bereichert, wollte ihnen in der Regel schnell und radikal geholfen werden. Da die Kampfphrasen ernst genommen wurden, mußten die Militanten beschäftigt werden. Ihre Rückständigkeit ausnutzend, wurden sie mißbraucht, um auf Anhänger kritischer Gruppen und in individuelle Aktionen gehetzt zu werden — eine übliche Praxis des Roten Frontkämpfer-Bunds und der SA. In den Konzentrationslagern und SA-Kasernen richteten sich diese Methoden nunmehr gegen die gesinnungsfesten Revolutionäre aller Lager. Das Mittel fraß den Zweck auf, 60 Prozent des Roten Frontbunds liefen freiwillig zur SA über. Damit war das Urteil auch über die bolschewistische Taktik gefällt!

In erster Linie wurden die Erwerbslosen von den Wehrverbänden er-

faßt, die mit der Arbeit zugleich ihre Waffe und ihr Selbstbewußtsein verloren haben. Infolge einer mittelalterlichen Gewerkschaftsverfassung gerade in einer Zeit aus dem Organisationsleben ausgeschaltet, in der ein Rückhalt notwendiger denn je gewesen wäre, vereinsamt und dadurch ihres Kraftgefühls beraubt, sich oft von den Arbeitenden verraten fühlend, erscheint die militärische Aktion vielen als die einzigste hoffnungsvolle Aktion und der Wehrverband als die einzig kraftspendende Gemeinschaft, worin eine große Tragik liegt. Und wie wohltuend wirkte es auf das geschwächte Selbstbewußtsein, immer wieder zu hören, daß sich im Wehrverband die »Avantgarde« formiert! Darauf wurde ja oft genug direkt spekuliert. Die Kraftmeierei ist eine entsprechende Ueberkomposition. Die Geringschätzung des weiblichen Geschlechts (überhaupt das sexuelle Problem!), der Umgangston, der Biertisch usw. sind die unvermeidlichen Begleiterscheinungen solcher stehenden Formationen, wie es sich immer wieder zeigte, selbst wenn militante Verbände aus den Reihen der Jungsozialisten, der Arbeiterjugend und des Sportes gegründet wurden. Sofort wurde es Soldatenspielerei! Viel wertvolle intellektuelle, psychische und klassenmoralische Werte und wichtige Voraussetzungen revolutionären Kämpfertums wurden hierbei zerstört. Selbstverständlich sind bedeutende Unterschiede zwischen den Verbänden verschiedener Richtungen zu machen, aber im Prinzip enthielten sie alle solche Keime. Nicht zufällig kämpft gerade die Reichswehr gegen die SA und die SS, der »Elite« der oben und unten Deklassierten, die militärisch ziemlich wertlos sind.

Die Tatsache, daß die Nationalsozialisten neben der KPD, die in den Betrieben immer einflußloser wurde, die stärksten militärischen Formationen besaßen, kann nur aus ihrer sozialen Struktur begriffen werden, wie es nicht zufällig ist, daß der klassenverwurzelte reformistisch-sozialdemokratische Kern der Bewegung die unbedeutendsten Formationen hatte, deren Auffüllung selbst in den kritischsten Tagen nicht gelang.

Konsequenzen der Wehrverbände.

In den Februartagen hat das Proletariat nicht den Wehrverband im Stich gelassen, sondern der Wehrverband hat sich aus einer Reihe zum Teil aufgezeigter Gründe allmählich so von der Klasse isoliert, daß sie einander nicht mehr verstanden! Wie ein stehendes, vom Volke abgesondertes Heer, seine Eigengesetzlichkeit bekommt und mit eigenem Schwergewicht zum Kriege drängt, um seine Existenzberechtigung zu erweisen, so drängt die von der Klasse isolierte Wehrformation zur Aktion, die letzten Endes nur militärischer Natur sein kann. Das Mittel wird Selbstzweck. Statt in Klassenkräften, denken sie rein militärisch. Weitgehend entpolitisiert, am wenigsten der theoretischen Schulung zugänglich, erkennen sie weder ihre eigenen Kräfte noch die des Gegners. Die Gewehre gehen los, der Wehrverband kämpft — die Klasse aber denkt nicht daran, in den gleichen Formen zu kämpfen. Jene, bei denen Faust und Kopf eine Einheit bildeten, haben darunter oft sehr gelitten. So auch Koloman Wallisch, von dem uns seine Frau Paula einige Worte übermittelt hat, die Koloman auf der Fahrt nach Bruck sprach und die ernsthaft durchdacht werden sollten:

»Ich bin überzeugt davon, daß es ein organisierter Selbstmord ist, jetzt, da die Regierung bereits so überaus stark mit Waffen und Munition ausgerüstet ist . . . . ich weiß, daß nicht überall gekämpft werden wird und daß die Eisenbahner nicht mittun werden. Ich weiß auch, daß ich nach dem Zusammenbruch eines der Opfer sein werde. Mir ist schon lieber ein rasches Ende als dieses aufreibende Dasein. Die Arbeiter drängen täglich und stündlich zum Kampf, hauptsächlich aber die, die als die ersten verschwunden sein werden, nun, da es dazu kommen wird. Wenn man den Leuten das Hoffnungslose dieses Kampfes klarmachen will, dann hört man, daß man als gutbezahlter »Bonze« eben kein Interesse am Kampf habe. In der letzten Zeit war ich oft nahe daran, mir eine Kugel durch den Kopf zu jagen, weil ich mich diesem Ansturm von zwei Seiten nicht mehr gewachsen fühle. — Auf der einen Seite sehe ich die unausbleibliche Niederlage, in einem solchen Kampfe, auf der anderen Seite drängen die Ungeduldigen immer heftiger zum Kampf . . .«

Der andere Weg.

Der Mutterboden sozialistischer Wehrhaftigkeit kann nur der Produktionsprozeß sein, wo die Klasse als Klasse lebt, handelt und kämpfen wird. Die stehenden Formationen sind nur scheinbar Stärke. Wir haben erlebt, wie sich die Riesengebilde einengen und schließlich vernichten lassen mußten. Niemand hat aus eigener Kraft ein staatliches Verbot durchbrechen können. Die Lahmlegung durch Dekrete hat stets deprimierende Wirkung gehabt und andererseits verhängnisvolle militärische Konspiration und putschistischen Geist heraufbeschworen. Nur in der Siedehitze der Revolution kann sich, wenn es sich als notwendig erweisen sollte, die schlagkräftige Armee der Klasse entwickeln. Sie steht nicht vor der Revolution, sondern ist ihr Resultat. Nicht sie macht die Revolution, sondern umgekehrt, die Revolution gebärt sie. Ueber Umfang, Formen und Inhalt der militärischen Aktionen kann jedoch heute niemand wesentliches voraussagen. Auch das spricht gegen stehende Formationen, weil davon die Ausbildung abhängt. Die Wehrhaftigkeit der Klasse muß im Betrieb verankert sein. Nur von hier aus kann die alte Gesellschaft überwunden und, was viel entscheidender ist, die neue aufgebaut werden. Wie die Dinge in Oesterreich auf dem Kopf standen, beweist nichts deutlicher als die Tatsache, daß viele Schutzbündler am Tage in den Betrieben standen und am Abend das Gewehr in die Hände nahmen. Die Klasse wird dieses Verhältnis umkehren müssen, um siegen zu können.

Eine Arbeiterklasse, eine Partei

Von Max Seydewitz.

Die Notwendigkeit der Einheitsfront in Deutschland.

Trotzdem nach der furchtbaren Niederlage der deutschen Arbeiterklasse in keinem Lande der Welt die Ueberwindung der Spaltung so notwendig ist als in Deutschland, sind wir im Dritten Reich, in dem Hitler mit den gleichen Waffen und mit der gleichen Schärfe gegen alle Teile

der Arbeiterbewegung losschlägt, noch sehr viel weiter von einer ehrlichen Einheitsfront entfernt als in den meisten anderen Ländern. In den Beschlüssen des ZK der KPD vom 1. August 1934, mit denen die angebliche Wendung der KPD in der Einheitsfrontfrage vollzogen worden sein soll, heißt es u. a.:

»Aber ob der Faschismus (in Deutschland) niedergeworfen wird, oder die werktätigen Massen in noch tieferer und barbarischerer Lebenshaltung verharren müssen, wird ausschließlich entschieden durch die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse, durch die Aktionskraft des Proletariats.«

Ebenso stellt das Januar-Manifest des sozialdemokratischen Parteivorstandes die Notwendigkeit der Einheit als Voraussetzung für den Sieg über Hitler in den Vordergrund:

»Die Differenzen in der Arbeiterbewegung werden vom Gegner selbst ausgelöscht. Die Gründe der Spaltung werden nichtig ... Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt.«

Wenn dieser Zwang und die Aktivität der fortgeschrittenen Kräfte in den verschiedensten Lagern die noch vorhandenen Hindernisse nicht überwindet, dann wird (wie das ZK der KPD richtig sagt), der Faschismus in Deutschland nicht niedergeworfen und die werktätigen Massen »werden in noch tieferer und barbarischer Lebenshaltung verharren müssen«. Es wird im Laufe der Entwicklung immer deutlicher werden, daß von der Erzwingung der revolutionären Einheitsfront die Neugeburt und der Wiederaufstieg der deutschen Arbeiterbewegung, die Ueberwindung Hitlers und der Sieg der proletarischen Revolution abhängt. Drängender als jemals und anderswo steht für das Proletariat im faschistischen Deutschland die Aufgabe, die Arbeiterklasse zu einen und dieser Einheit Ausdruck zu geben durch e i n e gemeinsame revolutionäre Partei. Für die Parole »Eine Arbeiterklasse, eine Partei« erklärt sich das ZK der KPD in seinen Beschlüssen vom 1. August, aber auch der Prager Parteivorstand bekennt sich dazu in seinem Manifest folgendermaßen:

»Die Führung der deutschen Sozialdemokratie weiß sich deshalb frei von jeder sektenhaften Abschließung und ist sich ihrer Mission bewußt, die Arbeiterklasse in e i n e r politischen Partei des revolutionären Sozialismus zu vereinigen.«

Wenn trotz dieser übereinstimmenden Erklärungen der alten Führungen beider Flügel der deutschen Arbeiterbewegung die Einheitsfront in Deutschland noch nicht vorankam, so liegt das auch daran, daß es bisher überhaupt noch zu keiner ernsthaften sachlichen Diskussion über die noch vorhandenen Hindernisse gekommen ist und weil praktisch kaum etwas geschah, um diese Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Darum blieben die Bekenntnisse der alten Parteiführungen für die Einheitsfront bisher nur platonische Erklärungen. Diese hätten der geschichtlichen Situation von drei Jahren entsprochen und wären damals sehr nützlich gewesen, jetzt muß mehr geschehen, wenn das deutsche Proletariat im Kampf um seine Befreiung nicht einen weiteren Tempoverlust erleiden soll.

Die KPD und die Einheitsfront.

Das ZK der KPD hat in seinen Beschlüssen vom 1. August die Einheit der deutschen Arbeiterklasse als die wichtigste Voraussetzung für

die Ueberwindung Hitlers bezeichnet. Es hat aber zur Erreichung dieses Zieles einen anderen Weg eingeschlagen als die Führung der französischen und italienischen Kommunisten. Diese haben sich mit ihrem Einheitsangebot an die Gesamtorganisation der sozialistischen Partei und deren Führung gewandt und das Ergebnis war das Zustandekommen der Einheitsaktion. Das ZK der KPD dagegen hat sich mit seinem Einheitsangebot nicht an die Gesamtorganisation der SPD gewandt, sondern nur an einzelne Gruppen, Orts- und Bezirksorganisationen und das Ziel seiner Einheitsaktion ist nicht der Pakt von Partei zu Partei, nicht das spätere Zusammenströmen der beiden Parteien in einer vereinigten revolutionären Partei, sondern die Ueberführung der sozialdemokratischen Mitglieder in die KPD. In den Beschlüssen und Komentaren des ZK heißt es über die jetzige Taktik der KPD in der Frage der Einheitsfront:

»Zu diesem Zweck sind sofort mit den bestehenden sozialistischen Gruppen (den illegal arbeitenden Orts- und Bezirksorganisationen. D. V.) Verhandlungen aufzunehmen, um mit ihnen gemeinsam die Führung des Kampfes (Bildung von Kampfkomitees usw.) zu treffen. Dabei hat die Partei den Kurs auf die Vereinigung dieser Gruppen mit der KPD auf der Grundlage des Programms der Kommunistischen Internationale und der Taktik der KPD zu nehmen. Es ist von der Partei eine kühne Werbung unter den ehemaligen Mitgliedern der SPD und den besten Teil ihres Funktionärkaders für den Beitritt zur KPD zu unternehmen...«

Diese Taktik des ZK der KPD steht im offenen Widerspruch zu der Taktik der französischen, italienischen und spanischen Kommunisten, die dort zur Einheitsaktion geführt hat. In dem französischen und italienischen Einheitspakt ist ausdrücklich festgelegt, daß die Einheitsfront durch das Zusammengehen der beiden Parteien verwirklicht wird und daß jede der Parteien sich verpflichtet, bei der Einheitsaktion der verbündeten Partei keine Mitglieder abzutreiben. Theoretisch bedeuten die Beschlüsse des ZK der KPD vom 1. August keine Wendung, sondern die Fortsetzung der früheren Einheitsfronttaktik, die die Einheit der Bewegung durch Vernichtung der Sozialdemokratie zu erreichen versucht. Dieser Taktik, die früher von den sozialdemokratischen Arbeitern als Manöver empfunden wurde, blieb in all den vergangenen Jahren der Erfolg versagt. Wenn jetzt unter den veränderten Verhältnissen diese Taktik am Anfang etwas aussichtsreicher erscheint, so wird dadurch vielleicht das Kräfteverhältnis innerhalb der Arbeiterbewegung zugunsten der KPD verschoben, aber das Ziel der einheitlichen Kampffront wird auf diesem Wege nicht erreicht.

In der Sitzung des EKKI-Präsidiums vom 9. Juli 1934, die der neuen Aktivität der kommunistischen Parteien in der Einheitsfrontfrage vorausging, hat Pjatnizki die erfolglose Einheitsfrontpolitik der KPD auch in der Zeit vor Hitlers Machtantritt kritisiert[1]):

»Sehen wir zu, welche Taktik die Kommunistische Partei Deutschlands am 20. Juli 1932 einschlug. Die Kommunistische Partei, die, als Papen die sozialdemokratische Regierung in Preußen davonjagte, die sozialdemokra-

[1]) Rundschau Nr. 45.

tische Partei und die reformistischen Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Aktion bis zum Generalstreik aufrief, unternahm einen kühnen und richtigen Schritt. Wir wissen, daß die Reformisten diesen Kampf ablehnten. Die Unfähigkeit der Kommunisten, am 20. Juli 1932 selbst diesen Kampf zu beginnen, wenigstens einen Teil des Proletariats hineinzuziehen und damit zu zeigen, daß die Kommunisten wirklich imstande sind, zu kämpfen, daß sie die Arbeiter zu diesem Kampf mobilisieren können, rief bei den Arbeitern einen niederschmetternden Eindruck hervor. Von Bedeutung für den weiteren Kampf der KPD war natürlich der Vorschlag, den sie der Sozialdemokratischen Partei und den reformistischen Gewerkschaften am 30. Januar 1933 gemacht hatte, der Einheitsfront gegen die faschistische Diktatur beizutreten, die gerade erst zur Macht gelangt war. Doch die Tatsache, daß es der KPD am 20. Juli und am 30. Januar nach ihrem Aufruf zum Massenstreik nicht gelungen war, die Massen hochzureißen, bestimmte das Verhalten der Arbeiter zu dem Vorschlag, gemeinsam gegen den Faschismus aufzutreten, den die KPD am 5. März 1933 der Sozialdemotischen Partei und den reformistischen Gewerkschaften gemacht hatte, und den die Reformisten nicht beantworteten, worauf die Massen in keiner Weise reagierten.«

Pjatnizki stellt hier fest, daß es der KPD in den entscheidenden Situationen nicht gelungen ist, die Massen zur Aktion zu bringen. Das ist der schwerste Vorwurf, der einer revolutionären Partei gemacht werden kann. Wenn dieser Vorwurf berechtigt ist, ist die kommunistische These, daß die deutsche Arbeiterklasse und die KPD keine Niederlage erlitten haben, widerlegt. Damit wird aber auch das Versagen der KPD in der Vergangenheit festgestellt und die KPD hätte alle Ursachen, mit ehrlicher Selbstkritik die Gründe ihres Versagens und des Sieges Hitlers zu erforschen und neue Wege zur gemeinsamen Kampffront zu suchen. Einer dieser Gründe ist die falsche Einheitsfronttaktik in der Vergangenheit. Pjatnizki sagt, daß das ZK der KPD am 20. Juli 1932 und am 30. Januar 1933 der Gesamtorganisation der SPD, der Gewerkschaften und deren Führungen das Angebot zur gemeinsamen Aktion gemacht hat. Das ist richtig. Pjatnizki untersucht aber nicht, warum diese überraschenden Angebote keinen Widerhall bei der Arbeiterschaft fanden. Jahrelang hat die KPD mit viel Leidenschaft die These vom Sozialfaschismus vertreten und allen deutschen Proletariern eingebläut, daß die KPD zwar Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern, nie aber mit den sozialfaschistischen Führungen und den von diesen vertretenen Organisationen machen wird. Diese Einheitsfronttaktik wurde von den sozialdemokratischen Arbeitern als unehrliches Manöver empfunden, als ein gegen ihre Organisation gerichteter Schlag. In der Abwehr gegen die von den Kommunisten drohende Vernichtung ihrer Organisation wurden die sozialdemokratischen Arbeiter enger auch mit der falschen Politik ihrer Führung verbunden und die Folge war, daß der Graben zwischen den Anhängern der beiden Parteien immer breiter wurde.

Als dann plötzlich am 20. Juli 1932, in der Stunde der akuten Gefahr, die KPD ein Einheitsangebot an die Organisationen der SPD und des ADGB und an deren »sozialfaschistische« Führungen richtete, stieß dieser überraschende, im offenen Widerspruch zu der ganzen Propaganda der KPD stehende Schritt auf das allgemeine Mißtrauen der sozial-

demokratischen Arbeiterschaft und fand bei ihr (wie Pjatnizki feststellt) kein Echo. Wäre die KPD der ihr gestellten Aufgabe gewachsen gewesen, hätte sie eine den deutschen Verhältnissen angepaßte, reale Politik gemacht, dann hätte sie die These vom Sozialfaschismus schon längst liquidiert und schon Jahre voraus mit einer ehrlichen Einheitsfrontpolitik so für die gemeinsamen Aktionen der Organisationen eintreten müssen, das ein in der Stunde der akuten Gefahr gemachtes konkretes Kampfangebot von den sozialdemokratischen Arbeitern als konsequente Folge der kommunistischen Taktik und Politik ohne Mißtrauen aufgenommen worden wäre. Dann hätte die Führung der SPD und des ADGB am 20. Juli 1932 das Kampfangebot der KPD annehmen müssen oder die sozialdemokratischen Arbeiter wären der Kampfparole der KPD gefolgt und das deutsche Proletariat hätte nicht kampflos kapituliert.

Die falsche Einheitsfrontpolitik der KPD hat mit zur kampflosen Niederlage des deutschen Proletariats beigetragen. Durch die Fortführung dieser Politik auch in der Gegenwart wird das Zustandekommen der Einheitsfront und damit der Wiederaufstieg und der Sieg der deutschen Arbeiterklasse erschwert. Die führenden Männer der Komintern und das ZK der KPD begründen die in Deutschland fortgeführte Einheitsfronttaktik damit, daß die Sozialdemokratie durch den Sieg des Faschismus vollkommen zerschlagen wurde und nicht mehr als zentrale Organisation existiert. Ferner damit, daß die einzelnen in Deutschland illegal arbeitenden sozialdemokratischen Gruppen zu dem alten Parteivorstand der SPD kein Vertrauen haben, daß dieser alte Parteivorstand keine Autorität besitzt. Darum habe die KPD ihr Angebot nicht an die in der Luft schwebende Führung, sondern an die einzelnen illegalen Gruppen gerichtet. Als weiteres Argument für die Unterlassung eines Einheitsangebotes an die Gesamtorganisation wird angeführt die Passivität des Prager Parteivorstandes, der gegen alle revolutionären Aktionen sei und mit dem man darum (im Gegensatz zu den illegalen sozialdemokratischen Gruppen) nicht zu der Aktionsgemeinschaft kommen könne, die die Vorstufe für die Einheitsfront ist.

Will die KPD ernsthaft die Einheitsfront, so muß sie ihre falsche Einheitsfronttaktik liquidieren und ihre prinzipielle Bereitschaft zu Verhandlungen von Organisation zu Organisation erklären. Die KPD muß erkennen, daß die Einheitsfront in Deutschland auch jetzt nicht durch Vernichtung der einen Partei zugunsten der anderen erreicht wird, sondern durch gemeinsame Aktionen und das allmähliche Zusammenströmen der Organisationen in einer neuen geeinten revolutionären Partei. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen wissen, daß die KPD im Prinzip bereit ist, zentrale Abmachungen über einen Einheitspakt mit der sozialdemokratischen Gesamtorganisation zu schließen, die auf der Grundlage eines neuen revolutionären Programms steht, die, geleitet von einer bei den illegalen Kämpfern allgemeines Vertrauen und Autorität genießenden Führung, ihre revolutionären Prinzipien im Kampfe täglich praktisch anwendet.

Wenn das ZK der KPD aber einen sichtbaren Kurswechsel von der

SPD fordert, so wird dieses Verlangen nur erfolgreich sein, wenn die KPD die Schuld nicht nur bei den anderen sucht, sondern die eigene Politik und Taktik kritisch untersucht und begangene Fehler aufrichtig zugibt und preisgibt. Dazu gehört die Aufgabe der These vom Sozialfaschismus. Die Stellung, die die KPD heute zu dieser Frage einnimmt, ist nicht ganz eindeutig. In der Sitzung des Ekki-Präsidiums vom 9. Juli 1933 hat Knorin den deutschen Kommunisten für die Anwendung der These vom Sozialfaschismus folgende Anweisungen gegeben:

»Zum Beispiel fordert ein Agitator von den sozialdemokratischen Arbeitern die Anerkennung unserer bekannten Formel, daß Sozialdemokratie und Faschismus Zwillingsbrüder seien, wobei er diese Formel auf die heutigen illegalen sozialdemokratischen Arbeiterzirkel bezieht, die sich für den Kampf gegen die faschistische Diktatur organisierten. Zum Beispiel verlangt ein Agitator von den sozialdemokratischen Arbeitern die Anerkennung unserer richtigen Formel, die besagt, daß die Sozialdemokratie die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie ist und beweist außerdem noch, daß das auch auf die illegalen sozialdemokratischen Arbeiterzirkel zutrifft, die heute in Deutschland von den Arbeitern zum Kampf gegen die Bourgeoisie organisiert werden . . . Die faschistische Diktatur in Deutschland stützt sich nicht auf die Sozialdemokratie, sondern auf die Reichswehr, Polizei und faschistischen Massenorganisationen. Die Lage in Deutschland hat sich also verändert. Aber es ist auch heute richtig, W e l s einen Sozialfaschisten zu nennen; es ist richtig, daß die Faschisten und die von Wels geführte Sozialdemokratie Zwillingsbrüder waren. Die jetzt in Deutschland arbeitenden illegalen Gruppen sind jedoch keine Sozialfaschisten und keine soziale Stütze der Bourgeoisie; sie befinden sich auf dem Weg zum Kommunismus und müssen für die Kommunistische Partei gewonnen werden . . .«

Also auch in dieser wichtigen Frage wurde in Deutschland eine andere Taktik empfohlen als in Frankreich, Italien usw. Die italienischen Sozialisten haben mit gutem Recht festgestellt, daß die Kommunisten dort und in Frankreich mit ihrem Einheitsangebot an die sozialistischen Parteiführungen praktisch die These vom Sozialfaschismus aufgegeben haben. Für Deutschland aber wird die falsche These im Prinzip aufrechterhalten und Knorin empfiehlt nur, sie praktisch anders anzuwenden als bisher. Andere, die Ueberwindung der Spaltung hindernde Fehler, hat die KPD teilweise liquidiert oder die Liquidation in Aussicht gestellt. Sie will die RGO preisgeben zugunsten einer freigewerkschaftlichen Einheitsorganisation, in der (im Gegensatz zu ihrem unbedingten Führungsanspruch in der politischen Einheitsfront) nach ihren Vorschlägen die besten Gewerkschafter, die das Vertrauen der Mitkämpfer haben, die Führung bekommen sollen.

Sonst aber ist die KPD von der in der Sozialdemokratie offen geübten Selbstkritik leider noch weit entfernt. Die Polemiken der deutschen kommunistischen Führung sind immer noch keine sachlichen Diskussionsbeiträge, sie sind kein die Einheitsfront fördernder sachlicher Meinungs-

austausch, sondern die Spaltung vertiefende Entstellungen der Auffassungen anderer. Das kommt sehr deutlich zum Ausdruck in einem Artikel von W. Müller (Rundschau Nr. 54, Seite 2362) über die »Drei Plattformen in der deutschen Sozialdemokratie«. In diesem Artikel wird eine vollkommen irrige Darstellung von den Verhältnissen, den politischen Auffassungen und Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie gegeben. Aus irgendwelchen zufälligen Artikeln in der »Deutschen Freiheit« wurde dem Parteivorstand und einer angeblich innerhalb des Parteivorstandes mittleren Gruppe je eine grundsätzliche und politische Plattform unterschoben, die nicht den Tatsachen entspricht. Nach dem alten abgebrauchten Rezept wird dann weiter in dem Artikel von W. Müller der linke Flügel der SPD als der gefährlichste Gegner bezeichnet. Die Plattform des »Arbeiterkreises Revolutionärer Sozialisten«[1]) nennt der führende Kommunist, »die zum Betruge und zur Verwirrung gefährlichste aller dieser drei politischen Plattformen«. Sie muß nach der alten Methode der Kommunisten am schärfsten bekämpft werden. Um diesen unsinnigen Kampf den kommunistischen Anhängern »verständlich« zu machen, geht W. Müller auf den wesentlichen sachlichen Inhalt der Plattform überhaupt nicht ein, sondern unterschiebt Auffassungen, von denen in der Plattform kein Wort steht. So z. B. behauptet W. Müller, daß die Plattform »auch die Koalition mit der Bourgeoisie als die kleinere Uebelpolitik des Reformismus vertritt«. Dies, trotzdem in der Plattform das genaue Gegenteil steht. Solche Polemiken kommunistischer Führer, die sich nicht mit der wirklichen Meinung innerhalb der sozialistischen Bewegung sachlich auseinandersetzen, sondern unterschobene Auffassungen »anprangern«, hindern praktisch das, was die Kommunisten angeblich wollen: Die Einheitsfront des kämpfenden deutschen Proletariats. Der ernsthaft für die Einheitsfront kämpfende sozialistische Flügel darf sich durch diese Rückfälle in die abgebrauchten Methoden nicht irre machen lassen. Er muß vielmehr unentwegt weiter für die Verwirklichung seiner Parole »Eine Arbeiterklasse — eine Partei« arbeiten, er muß den Druck verschärfen, durch den die KPD zur Liquidierung aller Einheitsfront-Manöver und zur ehrlichen Einheitsfront gezwungen wird.*)

Die SPD und die Einheitsfront.

Wenn bald nach der furchtbaren Niederlage grundlegende Veränderungen innerhalb der Sozialdemokratie vollzogen worden wären, wäre der

---

[1]) »Der Weg zum sozialistischen Deutschland«, veröffentlicht im Oktober-Heft der Zeitschrift für Sozialismus.

*) Müller ist Mitglied des Zentralkomitees. Nach der Niederschrift meines Artikels hat ein anderes Mitglied der Zentrale (Walter) und das ZK selbst Artikel veröffentlicht, die in vielen Punkten sachlicher waren als der Artikel Müllers und die vielleicht ein Beweis dafür sind, daß heute auch in der KPD verschiedene Strömungen und Auffassungen über die Einheitsfront vorhanden sind. Die Aufgabe der Freunde der Einheitsfront im sozialistischen Lager ist, sachlich die Fortschritte im kommunistischen Lager anzuerkennen und die dort für die ernsthafte Einheitsfront wirkende Strömung durch die eigene Politik zu unterstützen.

Begründung, die das ZK der KPD für seine falsche Einheitsfront-Taktik ins Feld führt, längst der Boden entzogen und die KPD müßte diese die Einheitsfront hemmende Taktik aufgeben. Völlige Preisgabe der fehlerhaften Politik der Vergangenheit, die Proklamierung eines grundlegend neuen, in der Praxis unerschütterlich vertretenen wirklich revolutionären Kampfprogramms und in Konsequenz dazu die Schaffung einer neuen revolutionären Führung, sind ein Teil der Aufgaben, die um der Erreichung der Einheitsfront willen im sozialdemokratischen Lager erfüllt werden müssen.

In der gegenwärtigen Situation muß eine Parteileitung mehr sein als nur die Lieferantin von illegalen Druckschriften. Notwendig ist eine systematische Kaderorganisation und die planmäßige Schulung der Kader für die Erfüllung der Tagesaufgaben und für den revolutionären Machtkampf. In diesem unvergleichlich schweren Kampf in Deutschland brauchen die illegalen Kämpfer mehr denn je eine wirkliche Führung, die ihnen für den täglichen Kampf, für die Arbeit in den Betrieben, in der Arbeitsfront, unterm Mittelstand und in der Bauernschaft klare, eindeutige Anweisungen und Parolen gibt. Wo ist die stabile klare revolutionäre Perspektive des Prager Parteivorstandes, die den illegalen Kämpfern vermittelt wird, von der aus sich die Aufgabenstellung im Tageskampfe ergibt? Wo sind die Kampfanweisungen und Parolen für die verschiedenen Frontabschnitte des illegalen Kampfes? Wo sind die primitivsten Anweisungen für die Arbeit in den Betrieben, für die Stellungnahme zur Gewerkschaftsfrage? Wo sind die Hinweise, die Anleitung und die Vorbereitungsarbeit für den revolutionären Machtkampf? Wo ist die planmäßige Arbeit zur Schaffung des geistigen Rüstzeuges für den Tageskampf, für die Periode des Kampfes um die Eroberung der politischen Macht, für die nach der Machteroberung zu treffenden revolutionären Maßnahmen, für den Ausbau des neuen revolutionären Machtapparates?

Bei all diesen immer brennender werdenden Fragen merken die sozialdemokratischen illegalen Kämpfer nichts von einer zielbewußten Führung. Auf alle diese täglich an sie herantretenden Fragen gibt der Prager Parteivorstand keine Antworten. Er vertritt den Standpunkt, daß er mehr Treuhänder als Führer ist. Von diesem Standort aus verneint er das Recht, irgendwelche Entscheidungen über die Zukunft der Sozialdemokratie, ihre Umgestaltung und die den Verhältnissen angepaßte grundlegende Aenderung eines neuen organisatorischen Aufbaues vorzunehmen. Ganz formal und mechanisch vom innerorganisatorischen Zustand aus gesehen scheint der Standpunkt der Treuhänderschaft gewiß berechtigt zu sein. Wer darüber hinaus die Pflichten der einzelnen Teile der Bewegung vom Standpunkt des wirksamer zu gestaltenden konzentrierten Kampfes für die Ueberwindung des Hitler-Faschismus sieht, wird die dauernde Ersetzung der Führung durch eine Treuhänderschaft für untragbar halten. In dieser harten Zeit des schweren illegalen Kampfes braucht jede revolutionäre Bewegung eine zielbewußte, tatkräftige wirkliche Führung, die bei den Mitkämpfern in Deutschland Autorität hat und

starkes Vertrauen genießt. Die Aufgabe der Treuhänder war und ist, die Periode der Treuhänderschaft schleunigst zu beenden, und die Bahn frei zu machen für die Schaffung der den veränderten Kampfbedingungen und Kampfmethoden entsprechende Führung. Die sozialdemokratische Bewegung, die während dieser Periode des illegalen Kampfes an ihrer Spitze an Stelle einer Führung nur Treuhänder hat, muß in ihrer Aktivität gehemmt werden, muß bei der Erfüllung konkreter Aufgaben behindert sein. Die dadurch hervorgerufene geistige Passivität und Lähmung kann auch nicht durch ein leidliches Funktionieren des mechanischen Organisationsapparates ausgeglichen werden. Es ist darum auch kein Wunder, wenn aktive illegale sozialdemokratische Kader stärker als früher von Parolen einer aktiveren kommunistischen Führung beeindruckt werden.

Die illegalen sozialdemokratischen Kämpfer fragen, warum der Prager Parteivorstand nach seiner im Januar-Manifest abgegebenen platonischen Erklärung für die Einheitsfront und für die einheitliche revolutionäre Partei von sich aus keinerlei Initiative ergriffen hat für die Verwirklichung dieser auch von ihm aufgezeigten Ziele? Warum ist er in dieser für das deutsche Proletariat brennenden Frage vollkommen passiv gewesen? Warum hat er nicht wie der französische sozialistische Parteivorstand von sich aus das Angebot zur Einheitsfront an die KPD gerichtet? Warum schweigt er im »Vorwärts« die Frage der Einheitsfront tot? Warum unterrichtet er nicht über den Verlauf der Einheitsfrontbewegung in der ganzen Welt? Warum nimmt er nicht Stellung zu diesen für die Stärkung der Kampfkraft des deutschen Proletariats wichtigen Vorgängen? Warum nimmt er nicht Stellung zu den Einheitsfrontvorschlägen der KPD? Warum läßt er in dieser brennenden Frage die illegalen sozialdemokratischen Kämpfer ohne Führung, ohne Parole?

Diese Fragen diskutieren die illegalen sozialdemokratischen Kämpfer täglich. Das einzige Argument, das der Prager Parteivorstand gegen die Einheitsfront anführt, ist die Behauptung, daß die sozialdemokratischen Arbeiter aus Gründen der illegalen Sicherheit nicht bereit sind, mit den von Spitzeln durchsetzten kommunistischen Gruppen zusammenzuarbeiten. Richtig ist daran nur, daß jeder verantwortliche illegale Kämpfer im Interesse erfolgreicher Arbeit die Frage der Sicherung vordringlich behandeln muß. Trotzdem arbeiten heute in Deutschland an sehr vielen Stellen Sozialdemokraten mit Kommunisten zusammen und bei dem jetzigen Stand der kommunistischen Organisation ist dort die Spitzelei nicht wesentlich größer als in anderen Gruppen. Alle Reste der Arbeiterbewegung litten am Anfang der illegalen Tätigkeit stark unter Spitzeln, aber in verhältnismäßig kurzer Zeit ist doch überall, auch bei den Kommunisten, eine aus dem Selbsterhaltungstrieb der Mitkämpfer geborene erfolgreiche Reinigungsaktion durchgeführt worden, die die Spitzelgefahr sehr erheblich vermindert hat. Die Spitzelgefahr ist also kein durchschlagendes Argument gegen die Einheitsfront und in den Kreisen der illegalen Kämpfer wird die Passivität des Parteivorstandes in der Einheitsfrontfrage viel mehr darauf zurückgeführt, daß die Prager noch immer nicht die Notwendigkeit der einheitlichen proletarischen Klassen-

front erkannt haben, daß bei ihnen immer noch Hoffnungen auf Bündnisse mit bürgerlichen Gruppen bestehen, die sie durch das Zusammengehen mit den Kommunisten nicht zerschlagen wollen. Es besteht die Befürchtung, daß im alten Parteivorstand immer noch die alten Illusionen lebendig sind, daß er im Bund mit der Reichswehr, mit Volksmonarchisten oder kapitalistischen Oppositionskräften Hitler ablösen wird, daß den Prager Treuhändern die Erkenntnis, daß der deutsche Faschismus nur durch die Kraft der geeinten Arbeiterklasse gestürzt werden kann, immer noch nicht zur unverrückbaren, Ziel und Taktik bestimmenden grundsätzlichen Auffassung geworden ist. Die passive Haltung des Prager Parteivorstandes in der Frage der Einheitsfront läßt den Schluß zu, daß bei ihm wundergläubiger Opportunismus und nicht überwundener Reformismus auch heute noch die innersten Triebfedern seiner politischen Handlungen sind.

Darum gehört zu den Voraussetzungen, die im sozialistischen Lager für die aktionsfähige, ehrliche Einheitsfront erfüllt werden müssen, mit allen Unklarheiten und falschen Auffassungen aufzuräumen, ein neues revolutionäres Programm und eine auf dem Vertrauen der illegalen Kader fußende, autoritätbesitzende neue Führung zu schaffen, die die neuen theoretischen Auffassungen täglich in revolutionäre Praxis umsetzt, die nicht nur Treuhänder von etwas Gewesenem, Verbliebenem, sondern wirkliche Führung einer neuen, vorwärtsschreitenden Bewegung ist.

Der Weg zur Einheitsfront.

Das Ziel »Eine Arbeiterklasse — eine Partei« bleibt für das deutsche Proletariat trotz noch vorhandener Hemmnisse und Hindernisse unverrückbar bestehen. Die reale Grundlage für die geeinte revolutionäre Partei ist die Uebereinstimmung der verschiedenen Teile der Arbeiterbewegung über das gemeinsame revolutionäre Programm. Diese Uebereinstimmung ist noch nicht vorhanden, sie kann nur herbeigeführt werden in einer sachlichen Diskussion über die vorhandenen Probleme und Meinungsverschiedenheiten. Der Druck zur Anbahnung dieser sachlichen Diskussion muß von beiden Seiten erfolgen. Die Vereinigung aller Teile der revolutionären Arbeiterbewegung ist ein langer Prozeß, der verkürzt werden kann, wenn trotz der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zur Erfüllung bestimmt umschriebener Aufgaben gemeinsame Aktionen durchgeführt werden. Diese Aktionsgemeinschaften sind heute nötig und möglich, wenn eine Verständigung über die Aktionen herbeigeführt wird. Auch da sind Meinungsverschiedenheiten vorhanden, die sich aus der verschiedenen Einschätzung der Situation in Hitler-Deutschland ergeben. Wer des Glaubens ist, daß wir in Deutschland am Vorabend des revolutionären Aufstandes stehen, wird für die gemeinsamen Tagesaktionen andere Vorschläge machen als derjenige, der mit einer langen Entwicklung und einer längeren Perspektive rechnet. Kein Differenzpunkt allerdings kann sein, daß man nicht untätig die Hände in den Schoß legend die Entwicklung abwarten darf, sondern aktiv handeln muß. Für diejenigen, die die Notwendigkeit der Aktion und der Aktivität gegen die

faschistische Diktatur unbedingt bejahen, zwischen denen nicht Differenzen über das Ob der Aktionen bestehen, sondern nur darüber, welche Aktionen und welche Arbeit notwendig und zweckmäßig ist, muß eine Verständigung über gemeinsame Aktionen erzielt werden. In den ehrlich durchgeführten gemeinsamen Aktionen schwindet das gegenseitige Mißtrauen, erfolgt die äußere und innere Annäherung, die psychologische Vorbereitung für die festere Form der Einheitsfront. Der Weg geht von der gelegentlich gemeinsamen Aktion zur dauernden Aktionsgemeinschaft, von der Aktionsgemeinschaft zu der festeren organisatorischen Form der Einheitsfront mit gemeinsamen Führungsorganen oder Komitees. Diese Einheitsfront, die die Koalition der proletarischen Parteien zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind ist, muß überleiten zum Zusammenschluß der koalierten proletarischen Gruppen in eine revolutionäre Partei. Je früher diese Partei herauswächst, um so aussichtsreicher wird der Kampf zur Ueberwindung der faschistischen Diktatur. Um dieses Ziel zu erreichen, muß planmäßig und überlegt Schritt um Schritt gemacht werden. Die Herbeiführung gemeinsamer Aktionen ist der erste Schritt, den zu machen allerhöchste Zeit ist.

Bemerkungen zur „Einheitsfront"

Von **Ottokar Puls.**

I.

Seit mehr als zwei Jahren sind alle Versuche, die Wandlungen der russischen Diktatur marxistisch zu analysieren, auf halbem Wege stecken geblieben. Wohl ist die Literatur angewachsen, die Beschäftigung mit einer Reihe ökonomischer Tatsachen wurde fortgeführt, der Raum der Diskussion erweitert — aber Hand in Hand damit ging eine Art stillschweigenden Verzichts auf das wesentliche: nämlich auf die den neuen Tatbeständen angemessene und aus ihnen herauswachsende Funktionsbestimmung des diktatorischen Apparats. Welche Rolle spielt der Apparat in der Industrialisierung, innerhalb der ursprünglichen Akkumulation, die sich in der Sowjetunion vollzieht? Diese Frage drängt sich auf, aber man wagt ihr nicht mehr klar zu begegnen, vor allem nicht in der zweiten Internationale. Trotzki, der aus naheliegenden Gründen einer radikalen Beantwortung ausweicht, aber in der terminologischen und empirischen Deutung am weitesten geht, erklärt die Rolle des Apparates als »parasitär«. Das geschieht nicht zufällig, denn nur so kann man den quasi sozialistischen Charakter des Industrialisierungsprozesses selbst noch weiter behaupten. Ist die Rolle des Apparates aber wirklich nur »parasitär«? Begnügt er sich damit, aus einem selbsttätigen Ablauf des sozialistischen Aufbauwerkes seine Existenzmittel herauszuziehen? Läßt sich nicht im Gegenteil eine sehr selbständige und aktive Rolle der Staatsbürokratie im Produktionsprozeß und im politischen Ueberbau beobachten? Ist das, was im Ueberbau geschieht, nicht eine durchsichtige Folge

der sich in den ökonomischen Tiefen abspielenden Vorgänge? Wenn man eine Schrift, die in konventioneller Weise radikale Ideologien in der heutigen Arbeiterbewegung zusammenfaßt, über ihre Meinung befragt, erfährt man folgendes:

> »Die Sowjetunion ist ein sozialistischer Staat ... Sie ist der Typus eines zentralistischen Parteistaates, wie wir ihn in Italien und nunmehr in Deutschland vorfinden. Es kann aber auch keinem Zweifel unterliegen, daß die Partei der Bolschewiki, die diesen Staat führt und repräsentiert, im Gegensatz zu den faschistischen Parteien ernsthaft gewillt ist, die Interessen der arbeitenden Massen Rußlands ohne Rücksicht auf das Gedeihen und die Existenz der Kapitalistenklasse mit allen Kräften zu fördern ... Daß sie also ihrem W i l l e n und ihren B e s t r e b u n g e n nach eine sozialistische Partei darstellt.«*)

Hier wird auf eine objektive, d. h. klassenmäßige Deutung überhaupt verzichtet. Der Bestimmungsmaßstab ist der subjektive Wille der Regierenden — ein Wille, der sich unabhängig von den Tatsachen bildet, ja, der in einem dauernden Widerspruch zu diesen Tatsachen stehen kann. Es ist schwierig, solche Geschichtsauffassung in Uebereinstimmung zu bringen mit dem Bekenntnis zum Marxismus, das in solchen Schriften gewöhnlich besonders stark betont wird.

Der Neurevisionismus, der einige empirische Beobachtungen schematisch verabsolutiert und jedes tiefere Eindringen in das gesellschaftliche Geschehen ablehnt, prägt sich in der Frage Rußland am deutlichsten aus. Solange die bolschewistische Diktatur noch umstritten war, weil das bäuerliche, proletarische und staatskapitalistische Element noch miteinander im Kampfe standen, wurde der Klasseninhalt der Diktatur zu erforschen versucht. Jetzt ist der staatskapitalistische Charakter auch international sanktioniert, große Teile der europäischen Bourgeoisie stehen bewundernd vor der Machtentfaltung der Diktatur — und der neurevisionistische Opportunismus geht hemmungslos in die ihm gestellte Falle, indem er die staatskapitalistische Liquidierung der »Weltrevolution« mit einer Bereitwilligkeit der Bolschewiken zur proletarischen Aktionseinheit gleichsetzt.

Es hat eine Zeit gegeben, in der die dritte Internationale wirklich ein Instrument der russischen Außenpolitik war. Nach zwei Richtungen wirkte sich diese Funktion aus: 1. in dem von Krisen erschütterten Nachkriegsdeutschland war der Nationalbolschewismus eine Bewegung, die mit der Ostorientierung breiter Teile der bürgerlichen Intelligenz zusammenfiel und sie zeitweise wirksam unterstützte; 2. im Fernen Osten und in anderen kolonialen Gebieten konnte die Sowjetunion durch die Internationale als Befreierin der unterdrückten Völker auftreten. Beide Strategien: der Kampf gegen Versailles und die bolschewistische Durchdringung kolonialer Räume, fallen heute unter den Tisch. Die Sowjetregierung zieht gegenwärtig das Bündnis mit der politisch saturierten Entente dem Bündnis mit der deutschen Reichswehr vor (was nicht ausschließt, daß diese Kombination eines Tages wieder auferstehen). In der Kolonialfrage hat Japan der Sowjetregierung den Rang abgelaufen und der Kampf gegen Japan kann in manchen Fällen die Opferung der

*) Miles »Neubeginnen«, Seite 45.

kolonialen Interessen zugunsten einer Koalition mit dem kapitalistischen Mutterland bedeuten.

Man muß erkennen, daß es sich heute nicht mehr um irgend eine Schwenkung in der Außenpolitik handelt, der sich die Komintern beliebig anpassen könnte. Es geht vielmehr um die endgültige Bereinigung des Widerspruches, der zwischen der staatskapitalistischen Praxis der Sowjetbürokratie und der pseudorevolutionären Funktion der dritten Internationale klafft. Es geht um den Sieg der spezialistischen, traditionslosen, arbeiterfeindlichen Staatsbürokratie über die parasitären, traditionsgeplagten und abenteuerfreundlichen Elemente der Kominternbürokratie. Es geht — tendenziell — um die Selbstliquidation der dritten Internationale.

Indem die Sowjetleute den Kominternapparat als eine Belastung des Etats der ursprünglichen Akkumulation ausräuchern, bekämpfen sie gleichzeitig in sich das sozialistische Sentiment. Das, was in ihnen an sozialistischer Phraseologie noch lebt, muß ausgerottet werden. Die kümmerlichen Reste des Leninschen Internationalismus werden als »Faschisten« diffamiert. Auch innenpolitisch ist eine Wertminderung der internationalistischen Phrase eingetreten. Der Apparat glaubt jetzt fest genug zu sitzen, um die Beruhigungspille der »kommunistischen Siege« in aller Welt für die russischen Arbeiter nötigenfalls entbehren zu können. Nationalistische Stimmungen in der Bauernschaft, in der Armee und in der Jugend kommen ihm dabei entgegen. Der Einheitspakt mit den Reformisten ist nicht nur ein Manöver, das der Außenpolitik entspringt, er ist in seiner realen außenpolitischen Motivierung ein folgerichtiges Produkt der Entwicklung in Rußland selbst.

Die Menschewiki haben der bekannten »Sieben-Länder-Erklärung« in Paris zugestimmt, weil sie glaubten, mit der internationalen Einordnung des Bolschewismus die Hoffnung auf demokratisierende Tendenzen in der Sowjetunion verbinden zu können. Aber gerade das Gegenteil ist richtig! Die Liquidierung der dritten Internationale geschieht auf dem Rücken der russischen Arbeiterdemokratie, deren letzte Reste zerstampft werden! Dem Reformismus wird die Funktion zugedacht, vor den Arbeitern der ganzen Welt die Demaskierung des Bolschewismus zu legalisieren und zu beschönigen. Im Schatten des Reformismus soll sich die schmerzlose und idealisierte Kapitulation des Bolschewismus vor seiner revolutionären Vergangenheit vollziehen. Ist es die Aufgabe des revolutionären Sozialismus, die fällige Abdankung der bolschewistischen Ideologie in der Arbeiterbewegung durch kompromißlerische Formeln zu verhimmeln? Ist es die Aufgabe der Marxisten, diesen notwendigen und schmerzhaften Prozeß aufzuhalten, die grundsätzliche Fragestellung zu verkleistern und die positive Bedeutung dieses Prozesses für die Neuformierung der Arbeiterklasse dadurch zu entwerten?...

Es gibt Genossen, die gerade in der Kapitulation der dritten Internationale und in der außenpolitischen Schwenkung der Sowjetunion eine Gewähr für die »Ehrlichkeit« und für den Bestand des bolschewistischen Einheitsangebots sehen. Man darf davon absehen, daß die Entwicklung in Rußland nicht gradlinig verläuft und deshalb der außenpolitische Kurs

gelegentlich wieder Aenderungen erfahren kann. Aber es geht hier nicht um die moralische Qualifizierung dessen, was die Komintern beabsichtigt, sondern um die Erkenntnis von Entwicklungstendenzen. Wer in der Entrevolutionierung der sowjetistischen Propaganda, in der offenen Verbürgerlichung der kommunistischen Politik, die Grundlage für die Verständigung mit der dritten Internationale erblickt, handelt in seiner Art allerdings folgerichtig. Diese Folgerichtigkeit ist aber nur scheinbar revolutionärer Natur. In Wirklichkeit ist es die Folgerichtigkeit eines abgebrauchten Reformismus, der seinen alten, ehemals »antibolschewistischen« Gesetzmäßigkeiten folgt.

II.

Man kann in der internationalen Arbeiterbewegung eine immer fortschreitende Bereitschaft entdecken, sich kritisch mit dem Bolschewismus auseinanderzusetzen. Aber sehr oft haftet gerade bei Intellektuellen diese Auseinandersetzung an der Oberfläche. Der dauernde Widerspruch zwischen dem Wesen der dritten Internationale und den Notwendigkeiten einer wirksamen Arbeiterpolitik tritt nicht in seiner vollen und grundsätzlichen Bedeutung, sondern in Symptomen zutage. Die Trennung von der Komintern bedeutet deshalb in den meisten Fällen noch keineswegs die Abwendung von den Prinzipien des Bolschewismus.

Als der springende Punkt bei diesen Auseinandersetzungen wird sich immer wieder das Organisationsproblem erweisen. Die Entwicklung der kommunistischen Parteien zeigt nämlich, wie ihre politische Tätigkeit in demselben Maße versackt, in dem die organisatorische Praxis sich »bolschewisiert«; die Kurve des kommunistischen Einflusses in den Arbeitermassen erreicht ihren höchsten Punkt in der Zeit des Ausbaues der »Betriebszellen« und sie sinkt in dem Umfang, in dem an die Stelle der Betriebsorientierung die organisatorische Ausrüstung auf den »Häuserblock«, den antifaschistischen Militarismus und die »Volksfront« ohne realen Klasseninhalt erfolgt. Die Verwässerung der Organisationsform bedeutet regelmäßig den Verlust der Klassensubstanz.

Warum unterliegt die bolschewistische Bewegung einer so eindeutigen Gesetzmäßigkeit? Warum ist hier die Form der Organisation Schicksal und warum verändert sich gleichsam automatisch die Richtung der Organisation innerhalb einer vorgezeichneten negativen Linie? Lenin begründete den Führungsanspruch des bolschewistischen Apparats. Das geschah aus dem sozialen Milieu der zaristischen Feudalgesellschaft, aus dem heraus die »eisernen Kohorten« der Berufsrevolutionäre tatsächlich eine revolutionäre Mission herleiten konnten. Gleichzeitig aber hatte Lenin damit die Organisationstheorie einer sozialistischen Intelligenz geschaffen, die sich grundsätzlich wenig unterscheidet von der, die Marx folgendermaßen beschreibt:

> »Wie die Oekonomen die wissenschaftlichen Vertreter der Bourgeoisklasse sind, so sind die Sozialisten und Kommunisten die Theoretiker der Klasse des Proletariats. So lange das Proletariat noch nicht genügend entwickelt ist, um sich als Klasse zu konstituieren, und daher der Kampf des Proletariats mit der Bourgeoisie noch keinen politischen Charakter trägt, so lange die Produktivkräfte noch im Schoße der Bourgeoisie selbst nicht genügend entwickelt sind, um die materiellen Bedingungen durch-

scheinen zu lassen, die notwendig sind zur Befreiung des Proletariats und zur Bildung einer neuen Gesellschaft, so lange sind die Theoretiker nur Utopisten, die, um den Bedürfnissen der unterdrückten Klassen abzuhelfen, Systeme ausdenken und nach einer regenerierenden Wissenschaft suchen.«

Aber Marx fährt fort:

»Aber in dem Maße, wie die Geschichte vorschreitet und mit ihr der Kampf des Proletariats sich deutlicher abzeichnet, haben sie nicht mehr nötig, die Wissenschaft in ihrem Kopfe zu suchen; sie suchen nur sich Rechenschaft abzulegen von dem, was sich vor ihren Augen abspielt und sich zum Organ desselben zu machen.« (Elend der Philosophie.)

Zu dieser zweiten, positiven Umgrenzung des Aufgabenkreises der Marxisten fehlt der bolschewisierten Intelligenz die elementare Einstellung, weil sie im Grunde die konkrete Klassenbedingtheit ihrer politischen Wirksamkeit ablehnt. Deshalb entfernt sie sich in den Zeiten, in denen die Offensive der Arbeiterklasse zum Stillstand kommt, von der proletarischen Blickrichtung. Das ihr eigentümliche Streben zur Verselbständigung gegenüber den Klasseninteressen, das Streben nach Erfüllung einer dekorativen, äußerlich sichtbaren Rolle in der »großen Politik« wird übermächtig. Diese Entwicklung ist es, die in den Wandlungen der Organisationsformen zum Ausdruck kommt. Die revolutionäre Rolle der Leninschen Organisationstheorie schlägt in ihr Gegenteil um. Während in der Sowjetunion die Verselbständigung des Apparates eine neue sozialreaktionäre Bedeutung erfährt, wird das bolschewistische Organisationsprinzip in den kapitalistischen Ländern zu einem Hemmnis für die Entfaltung der Klasseninitiative. Das zeigt sich besonders deutlich in den Ländern, in denen die Arbeiterbewegung zur Illegalität verurteilt ist.

Das ist die eine Seite der Sache. Andererseits üben die Methoden der bolschewistischen Organisation gerade auf die in der Illegalität tätigen Nichtbolschewisten eine gewisse Anziehungskraft aus. Es liegt eine große Verlockung darin, das scheinbare »Versagen der Arbeiter«, ihre schicksalhafte »Bürgerlichkeit«, durch die Weitsichtigkeit und Einsicht der Elite auf autoritärem Wege zu korrigieren. Nehmen wir Deutschland. Gerade diejenigen, die sich so sehr darum bemühen, vom Ausland her eine strategische Formung des Kampfes für das deutsche Proletariat vorwegzunehmen, tun am wenigsten, um aus der sozialen Wirklichkeit der deutschen Diktatur etappenweise die Haltung des Proletariats zu rekonstruieren und die konkreten Bedingungen einer selbständigen proletarischen Aktivität für die Zukunft aufzuweisen. Sie verzichten darauf, »sich Rechenschaft abzulegen von dem, was sich vor ihren Augen abspielt...« Gerade darauf aber kommt es an.

Nicht ein Uebermaß, sondern ein Mangel an Einsicht scheint uns in der Auffassung zu liegen, daß eine »Einheitsfront« der alten Gruppierungen den revolutionären Start für Deutschland bedeutet. Vielen schwebt eine Art synthetischer Verbindung zwischen den Extremen Reformismus und Bolschewismus vor. Viele verwechseln die Einheit der Klasse, die sich in gemeinsamen Erfahrungen und Kämpfen herausbildet, mit der Vereinheitlichung der Apparate. Wir dürfen vielleicht an eine Formulierung des Prager Manifests erinnern, worin es heißt: »Der revolutionäre

Kampf erfordert die revolutionäre Organisation. Die alte Form, der alte Apparat ist nicht mehr, und Versuche zu seiner Wiederbelebung entsprechen nicht den neuen Kampfbedingungen.« Diese negative, notwendig unvollkommene Feststellung gilt in der Betriebsamkeit der Emigration heute bereits als »überholt«. Aber bevor wir einsehen, daß dem so ist, muß man uns an konkreten Erfahrungen in Deutschland selbst den Beweis dafür erbringen.

Selbst wenn es richtig wäre, daß eine Wiederherstellung alter Gruppenbildungen in Deutschland über das Vorjahrsniveau hinaus eingetreten ist, so wäre dies für das Tempo der Revolutionierung nicht entscheidend. Das Problem besteht nicht darin, eine bestimmte Zahl revolutionärer Zirkel aus den alten Reservoirs zu bilden, sondern darin, diese Zirkel in einen realen Zusammenhang zu der »spontanen«, neuen Gesetzmäßigkeiten unterliegenden Bewegung der Arbeitermassen zu bringen. Wirkt die zirkelbildende Illegalität der alten Kaders aber konservierend und versteinernd, gerät sie in einen Widerspruch zur eigentlichen neuen Bewegung — dann wird sie keinen Fortschritt über 1933/34 hinaus bedeuten.

Wir sind erst in den Anfängen. Gerade die Emigration hat noch keineswegs ihre Rolle im Prozeß der Erneuerung der Bewegung zu verdeutlichen und zu umgrenzen verstanden. Der Vorwurf, wir huldigten einer »Spontaneitätsmystik«, trifft uns schon deshalb nicht, weil wir unsere Hoffnungen nicht auf irgendwelche wundertätigen Manöver von außen setzen. Wir lassen, wie Marx sagt, »die alte Gesellschaft« nicht »beiseite, um desto besser in die neue Gesellschaft eintreten zu können«. Aus dem Kampf, der im Schoß der alten Gesellschaft immer neu entbrennt, erwächst in immer neuen Formen die organisierende Kraft der Arbeiterklasse. Dieser Entwicklung wollen wir dienstbar sein.

BUCHBESPRECHUNGEN

Historikus: Der Faschismus als Massenbewegung. Sein Aufstieg und seine Zersetzung. Verlagsanstalt »Graphia«, Karlsbad, 1934. 76 Seiten. Preis 8 Kč.

Nach der Schrift von Ignazio Silone über den Faschismus kommt die Broschüre von Historikus gerade zurecht, um eine vergleichende Analyse zwischen dem deutschen und dem italienischen Faschismus zu ermöglichen. Zwar weicht Historikus in einigen theoretischen Formulierungen von Silone ab, er kommt auch hinsichtlich der Funktion des Faschismus in Italien zu etwas abweichenden Schlußfolgerungen, aber in der historischen Betrachtungsweise und in der Stellung zu den taktischen Aufgaben der Arbeiterbewegung geht er im großen und ganzen konform mit dem Geschichtsschreiber des italienischen Faschismus.

Bei der Herausarbeitung des Wesens des Faschismus lehnt Historikus die jetzt so beliebte Flucht in die Mystik, in das Irrationale, entschieden ab. »Der Faschismus ist weiter nichts, als eine moderne, volkstümlich maskierte Form der bürgerlich-kapitalisti-

schen Gegenrevolution.« Es sei eigentlich nicht ganz richtig, die Partei Mussolinis in Italien und die Partei Hitlers in Deutschland einander gleichzusetzen. »Aber die politische Alltagssprache von heute nennt alle jene kapitalistischen gegenrevolutionären Bewegungen faschistisch, sobald sie volkstümlich auftreten und sich zugleich auf eine aktive, für den Bürgerkrieg geschulte Parteiarmee stützen.«

Am wertvollsten sind in der Broschüre von Historikus die Abschnitte, die der Entstehung und Festigung des Nationalsozialismus und dem Untergang der Weimarer Republik gewidmet sind. Historikus sieht die Wurzeln des Nationalsozialismus schon im wilhelminischen Deutschland mit seinem festverwurzelten Militarismus und imperialistischen Nationalismus. Der Hitlerismus selbst jedoch mit seiner Rassenideologie, seinem Antisemitismus und seinem fanatischen Haß gegen den Marxismus ist mehr ein österreichisches Gewächs, das, nach dem Kriege nach Deutschland importiert, dort in der veränderten gesellschaftlichen Situation einen günstigen Entwicklungsboden fand. Die mit unerhörter Stärke einsetzende völkisch-nationalistische Bewegung, die aus den zur Revanche drängenden militaristischen und schwerindustriellen Kreisen genährt wurde, entlehnte ihre Stoßtrupp- und Pogrommethoden einesteils den »Schwarzen Hundertschaften« unter dem Zarismus, andernteils dem italienischen Faschismus, von dem sie auch die Methoden der demagogischen Werbung wie die Taktik im Bürgerkrieg übernahm.

Niemals jedoch wäre der Faschismus in Deutschland zur Macht gelangt, wenn die Weimarer Republik es verstanden hätte, die ihr günstige Stimmung vom November 1918 aufrechtzuerhalten und durch tiefeinschneidende Reformen zu befestigen. Aber die riesige republikanisch-demokratische Volksmehrheit bröckelte schnell ab, zum Teil unter dem Druck objektiver Bedingungen, aber ebenso infolge der schweren Fehler der deutschen Republikaner. Historikus schildert eingehend die Tragödie der deutschen Republik, die zugleich auch eine Tragödie der deutschen Arbeiterbewegung war. Er zeigt, wie sie zugrundegingen infolge ihrer Entschlußlosigkeit, ihrem Respekt vor den alten gesellschaftlichen Mächten, ihrer Unfähigkeit, revolutionäre Situationen auszunutzen, ihrer Verstrickung in eine übersteigerte dogmatische Legalität, ihrem ständigen Zurückweichen vor der Demagogie der Gegner. Man stellt hier mit Erschütterung fest, wie ähnlich der Ablauf der Geschehnisse in Deutschland und in Italien war und wie wenig die sozialistische Bewegung in Deutschland es verstanden hat, aus den Fehlern zu lernen, die alle sozialistischen Richtungen in Italien ein Jahrzehnt früher im Kampf gegen den aufkommenden Faschismus begangen hatten.

Es kommt aber nicht darauf an, die Fehler der Vergangenheit festzustellen, sondern auch Ausblicke in die Zukunft zu geben. Hier ist vor allen Dingen wichtig, daß Historikus aus seiner Untersuchung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Italiens festzustellen vermag, daß der italienische Faschismus vorübergehend eine positive historische Funktion zu erfüllen hatte, während seine Kopie in Deutschland nichts weiter darstellt, als eine durch scheinsozialistische Demagogie verhüllte nationalistisch-kapitalistische Konterrevolution. Angesichts der besonderen Struktur der deutschen Bevölkerung und der Eigen-

art des deutschen Kapitalismus sind hier starke soziale Spannungen und Explosionen viel eher zu erwarten, als in Italien, wenn sich im deutschen Proletariat eine entscheidende innere Wandlung vollzieht und unter dem Druck des Nationalsozialismus sich der klare und feste Wille zur Macht herausbildet.

Man kann dieser vergleichenden Analyse, die fruchtbare Ausblicke in die Zukunft gestattet, vollkommen zustimmen. Bloß auf einen Irrtum sei hier hingewiesen, der bei einer neuen Auflage zu beseitigen wäre. Es stimmt nicht, wenn Historikus erklärt, daß der Prozentsatz der marxistischen Stimmen bei den Wahlen zwischen 1924 und 1929 nicht zunahm. Die Stimmenzahl der SPD und KPD stieg vielmehr vom Mai 1924 bis zum Mai 1928 von 33.1 auf 40.4 Prozent. Diese Korrektur ist wichtig, weil sie die Auffassung des Autors widerlegt, daß die Sozialisten in diesen Jahren »keine neuen moralischen Eroberungen« machten.

Viator.

Herausgeber: Ernst Sattler. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn. Druck: Graphia. Alle in Karlsbad
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 320.219/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.